

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Beilage oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265. Freitag, den 11. November 1921. 26. Jahrgang.

## Die Arbeitsgemeinschaft der „Schaffenden“ Stände. Früher Betrug, jetzt Lüge.

Dr. L. Lübeck, 11. November.

Ein Fessl monarchistisch-bürgerlicher Hoffnung nach dem andern schwimmt im Strome des erwachenden Volksgrimmes weg. Gab man sich in den vornehmen Gesellschaftskreisen vor wenigen Wochen noch dem lauten und alkoholischen Dufel hin von einem bevorstehenden Sturze der sozialdemokratischen Rathausmehrheit, so wagt man sich heute nur noch leise und bedencklich ins Ohr zu flücheln: Man glaubt uns nichts mehr! Wie wird es uns ergehen?

Die schwarzgraue Flut der Angst und der Steuerföhen ist den reichen Herren von den Listen Behn und Ziesenis bis an ihre fetten Wucherlehnen gestiegen. hysterisch und heiser schreien sie nach allen Seiten um Hilfe; und siehe da, in ihrem ohnmächtigen Gezitter erinnern sie sich der Arbeiter, fällt ihnen ein, daß diese sozusagen auch Menschen sind, und daß man am Sonntag ihre Stimmen recht gut gebrauchen — könnte.

Mit gewaltiger und scheinheiliger Gebärde lenken sie deshalb vor der „Arbeiterchaft Lübecks“ nieder, winselnd und bettelnd um ein bißchen Hilfe. Und nach jedem einzelnen Hilferuf flachten sie

Lügen ein, wie sie selbst in Wahlzeiten unerhört und ungläublich sind.

Sie erweisen sich damit würdig ihrer besten Taten aus jener Vorkriegszeit, in der sie

jährzehntelang das Volk belogen und um jede politische Freiheit betrogen haben.

Damals hatten sie die Macht; damals brauchten sie die arbeitende Bevölkerung nicht, — der Mensch hing bei ihnen erst da an, wo der Arbeiter aufhörte. Allerdings möchten die Vaterstädter am liebsten nichts mehr von jener Zeit wissen.

Aber sie sollen immer wieder an ihre Schande erinnert werden, getreu den Worten Stellings in Neulanerhof am 13. März 1905, daß die

Arbeiterchaft den Wahlrechtsraub tausendfach heimzahlen wird

Und gerade jetzt ist die Zeit, die Herren an ihre unerhörte Schandtat zu erinnern. Wir wollen alles nachholen; und auch der Arbeiterchaft wollen wir ins Gedächtnis zurückrufen, in welcher Weise einst mit ihren heiligsten Menschenrechten Schindluder getrieben wurde. Und zwar gerade von den Herren, die heute im

Schappels der Schaffenden Arbeitsgemeinschaft durchs Land schleichen.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick wird der Heuchelpolitik der sogenannten „vaterstädtischen“ Arbeitsgemeinschaft die Maske von ihrem kugnerischen Gesicht reißen. Im Revolutionsjahr 1848 hatte jeder lübeckische Staatsbürger das gleiche Wahlrecht bekommen; der Erwerb des Bürgerrechts aber war von einer einmaligen Abgabe von 25 Mark abhängig; eine für die damalige Zeit für viele unerreichbare Ausgabe. Die Zahl der Staatsbürger sank infolgedessen nach und nach auf ein Viertel der Reichstagswähler herab. Auf die Dauer war dieser standalöse Zustand natürlich unhaltbar; man ersetzte ihn deshalb, und zwar durch einen noch

größeren Volksbetrug.

Im Jahre 1902 wurde die 25-Mark-Abgabe aufgehoben; damit hatte jeder lübeckische Einwohner die Möglichkeit, das Bürgerrecht unentgeltlich zu erwerben. Aber, jetzt schränkten sie das Wahlrecht ein. Nur solche Bürger ließ man von nun ab wählen, die während der letzten 5 Jahre vor der Wahl ein jährliches Einkommen von mehr als 1200 Mark versteuert hatten. Damit war aufs neue

die übergroße Mehrheit der Arbeitenden aller Stände vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Trotz dieses Drahtverhaues aber, den die vornehmen Kaufherren gegen die Arbeiterchaft um die Bürgerchaft errichtet hatten, kamen in verschiedenen Quartieren schon ein Jahr später die Stimmen der Sozialdemokratie so nahe an die bürgerliche Mehrheit heran (vor dem Holstentor 463 gegen 474 Stimmen; in der Vorstadt St. Gertrud 409 gegen 429 Stimmen), daß der Vaterstädtische Verein aufs neue Angst um sein Kapital bekam, und deshalb auf neue Wege sann, um

### das berüchtigte Vierklassenwahlrecht des Jahres 1905.

Als während des Krieges die Entrechtung des blutenden und darbenenden Volkes und der Gewinn und das Wohlleben der Besitzenden zum Himmel schrie, als selbst der König von Preußen sich vor seinem Volke schämte, da konnte auch der Vaterstädtische Verein seine Schande nicht mehr länger tragen. Er beschloß eine neue Wahlrechtsreform.

Und nun aufmerken: Im September 1918 trat eine Kommission zusammen, bestehend in ihrer Mehrheit aus den Elementen der jetzigen „Arbeitsgemeinschaft“ und des Bürgerbundes. Diese Kommission hatte die reichlich schwierige Aufgabe zu lösen,

das Volk mit einem neuen Wahlrecht zu betrügen, das scheinbar frei sein, in Wirklichkeit aber der Herrschaft der Herren von „Bildung und Besitz“ dienen sollte.

Durch einen günstigen und wohlgelauten Zufall ist uns das Verhandlungsprotokoll dieser Wahlrechts-Kommission auf den Tisch geflogen. Wir veröffentlichen es in nachstehendem wörtlich, und fügen gleich den Kommissionsvorschlagn bei, der in der Kommission gegen die Stimmen Stellings und Kleins, dem einflügen Demokraten, angenommen wurde.

Abkürzung: **Streng geheim!**

Sitzung der Unterkommission der gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerchaft wegen Neugestaltung des Bürgerchaftswahlrechts am Donnerstag, dem 12. September 1918 im Kommissarzimmer des Rathauses.

Anwesend die Mitglieder der Unterkommission: Senator H. Evers, Senator Dr. Vermehren, Dr. v. Broden, Klein, Stelling; Senatsyndikus Dr. Geister.

Senator Evers hatte die Unterkommission, wie er einleitend bemerkte, zu dieser Sitzung einberufen, um zunächst schon in ihrem Kreise vorbereitend die bisher noch nicht erörterte Frage zu klären, wieviele Vertreter auf die einzelnen in dem neuen Artikel 24 des Verfassungsentwurfes vorgesehenen Berufsgruppen entfallen sollen.

Er selbst macht die in der beigefügten Tabelle verzeichneten Vorschläge; in der Debatte werden verschiedentlich die Vertreterzahlen vergleichsweise herangezogen die unter dem derzeit geltenden Wahlrecht bei der jetzigen Zusammensetzung der Bürgerchaft auf die einzelnen Berufszweige entfallen (vgl. gleichfalls die Tabelle). Im einzelnen sind folgende Punkte hervorzuheben.

1. Klein und Stelling erklärten, daß sie sich zwar an der Besprechung beteiligen wollten, aber an ihrem prinzipiell dem Gruppenwahlrecht gegenüber ablehnenden Standpunkt festhalten müßten, weshalb sie von eigenen Vorschlägen über die Gruppierung Abstand nehmen wollten.

2. Klein regte an, neben Vorschlägen, die der Kommission gemacht werden sollen auf der Grundlage, daß  $\frac{1}{2}$  der Mitglieder der Bürgerchaft aus allgemeinen Wahlen,  $\frac{1}{2}$  aus Gruppenwahlen hervorgehen, der Kommission auch sogleich weitere Vorschläge auf der Grundlage zu machen daß die Hälfte der Mitglieder aus allgemeinen und die andere Hälfte aus Gruppenwahlen hervorgehen. Die Mehrheit der Unterkommission lehnt es ab, dieser Anrede Folge zu geben, da sich nach dem Verlauf der Verhandlungen in der Kommission selbst die Unterkommission nur für ermächtigt halten könne, Vorschläge auf der Grundlage, daß  $\frac{1}{2}$  der Bürgerchaftsmitglieder aus Gruppenwahlen hervorgehen, zu machen. — Senator Dr. Vermehren weist gegenüber der erneuten Anregung Kleins, die Hälfte der Bürgerchaftsmitglieder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, nochmals auf die eigenartigen Verhältnisse des Lübecker Stadtkraates hin. Hierauf erwiderten Stelling und Klein, daß, soweit sie unterrichtet seien, auch in Hamburg und Bremen Vorschläge vorlägen, die einen wesentlich größeren Teil der Bürgerchaftsmitglieder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen lassen wollten. In Hamburg sei vorgeschlagen, zwar die 40 Notabeln beizubehalten, dagegen sollten die derzeitigen 40 Grundeigentümerstimmen auf 28 reduziert werden, so daß 92 Mitglieder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen würden. In Bremen sei ein Senatsvorschlag gemacht, 50 Prozent aus allgemeinen Wahlen, die übrigen 50 auf Grund des Gruppenwahlrechts wählen zu lassen. Senator Dr. Vermehren und Dr. v. Broden erklären demgegenüber, daß nach Zeitungsnachrichten die Verhältnisse dort noch völlig ungeklärt seien. In Hamburg würden seitens der Grundeigentümer, in Bremen gleichfalls seitens eines Teiles der Bürgerchaft ernste Bedenken gegen die vorerwähnten Vorschläge geltend gemacht, so daß es noch völlig unsicher erscheine, ob diese jemals Gesetz werden würden.

3. In Anknüpfung daran, daß nach der Auffassung von Klein für die derzeitige Bürgerchaft 13 Arbeitervertreter zu rechnen sind, während Senator Evers die Arbeiter als Stand bisher

überhaupt nicht als vertreten angesehen wissen will, wird die Frage erörtert, ob die einzelnen Gruppen als Vertreter unbedingt Persönlichkeiten entfallen müssen, die in dem Beruf der betreffenden Gruppe bereits tätig sind, oder ob den Gruppen auch die Befugnis zusteht, andere ihnen geeignet erscheinende Persönlichkeiten zu wählen. Die Frage kann, wie hervorgehoben wurde, nicht nur für die Vertretung der Arbeiter, die berechtigt zumest durch Berufsvereinigungen und Parteiangehörige usw. vertreten sind, von Bedeutung werden, sondern auch für andere Berufsgruppen. Die Mehrheit neigt der Ansicht zu, daß hier allein das Ermessen der einzelnen Berufsgruppen maßgebend sein müsse, wen sie für die Vertretung ihrer Interessen für geeignet halten, gleichgültig ob der Betreffende ein Angehöriger ihres eigenen Berufes ist oder nicht.

4. Bezüglich der künftigen Vertreterverteilung auf die einzelnen Gruppen betont Senator Dr. Vermehren, daß es sich empfehlen dürfte, unter weitgehender Berücksichtigung der bisherigen Berufsverteilung alle Berufskände angemessen zu berücksichtigen. — Senator Evers erklärt demgegenüber, daß er es am liebsten sehen würde, im Rahmen des Gruppenwahlrechts nur oder ganz überwiegend diejenigen Berufskände vertreten zu lassen, die für Lübeck als Stadtkraat von besonderer Bedeutung sein müßten. Er wünsche mithin Großkaufleute, Großindustrielle, Gelehrte und Landwirte vor allem vertreten zu sehen. Vor allem ruhe die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Lübecks bei der Großindustrie. Klein gibt lechters an sich zwar zu, betont aber, daß dann auf 880 Arbeiter 1 Abgeordneter entfallen würde, während andererseits schon auf 6 Großindustrielle auch 1 Abgeordneter entfallen würde. Weiter glaubt Klein vor einer allzu großen Vertretung von Großhandel und Großindustrie warnen zu sollen, da dadurch die Gruppen 4 und 5 allzu sehr gegenüber dem derzeitigen Zustand zurückgekehrt werden würden. Vor seines Erachtens nicht zum Nutzen der Allgemeinheit sein könne. Gerade Großkaufleute und Industrielle seien, wie die Erfahrung zeige, vielfach beruflich überlastet, so daß sie sich wenig an den Beratungen der Bürgerchaft wie auch an Arbeiten in den Kommissionen beteiligen könnten oder wollten. Vielfach werde gerade von Vertretern des Kleinhandels und Kleingewerkes die Hauptlast der parlamentarischen Arbeiten getragen. — Senator Evers und Dr. v. Broden möchten trotzdem an einer starken Vertretung von Großhandel und Industrie festhalten, da eine solche gerade bei besonders einschneidenden Fragen für das öffentliche Wohl von Bedeutung sei.

Bezüglich der Gelehrten schlug Senator Dr. Vermehren zunächst vor, ihre Vertreterzahl statt auf 12 auf 14 festzusetzen, da gerade dieser Stand erfahrungsgemäß wertvollste Mitarbeit in der Bürgerchaft geleistet habe.

Die Mehrheit der Unterkommission hält es für erwünscht, der Kommission ihrerseits schon einen bestimmten vorläufigen Vorschlag über die Zusammensetzung der Bürgerchaft entgegenzubringen. Nach längerer Beratung einigte sie die Mehrheit dahin, die aus der anliegenden Tabelle ersichtliche Zusammensetzung der auf Grund des Gruppenwahlrechts zu wählenden Vertreter vorzuschlagen.

gez. Dr. Geister.

Anlage zum Protokoll der Unterkommission vom 12. Sept. 1918. Streng geheim!

Gruppen nach Artikel 24 des Entwurfs	a) des Kommissionsmitgliedbesitz	b) des Senators Evers	Senator H. Evers schlägt für die Zusammenziehung für die Gruppenwahlen vor	Vorläufiger Vorschlag der Mehrheit der Unterkommission
I. Gelehrte	17	19	12	14
II. Großkaufleute	16	20	14	14
III. Großindustrielle	9	10	12	12
IV. Kaufleute, soweit sie nicht zur Gruppe II gehören	14	10	10	10
V. Gewerbetreibende, soweit sie nicht zur Gruppe III gehören	34	36	10	10
VI. Landwirte	8	7	8	8
VII. Beamte, soweit sie nicht zur Gruppe I gehören	8	8	4	4
VIII. Privatangehörige	1	10	4	4
X. Arbeiter	13	0	6	4
Summa:	120	120	80	80

Diese beiden Dokumente sprechen für sich, die „Arbeitsgemeinschaft“ fand noch im Jahre 1918 den traurigen Mut, der Arbeiterchaft



ankubieren. Jedes Wort, was man gegen eine solche Unverschämtheit sagen würde, wäre zu gelind. Lassen wir sie also selbst wirken.

Arbeiter, vergeßt das Euren Unterdrückern von einst nie, nie! Denkt daran jeden Tag und jede Stunde! Erzählt es Euren Klassengenossen! Und denkt auch daran beim Lesen des neuesten Flugblattes dieser

Arbeitsgemeinschaft gegen die Arbeiterschaft.

Noch nie sind auf einem so kleinen Raum so viele Lügen zusammengeschrieben worden, wie auf diesem letzten Flugblatt der Einheitsliste. Als im Jahre 1918 das freche volksbetragende Gesindel der Monarchisten und Unterlandsparteiler ausruß oder in Kaufelöcher froh, da übernahm die Sozialdemokratie mit schwerem Herzen eine furchtbare Kriegsschuld. Wann hat sie dem Volke je goldene Wege versprochen?

Daß der Bergarbeiterverband die schwer kämpfenden englischen Brüder unterstützte, wird ausgenutzt zur schwersten Hege gegen die Sozialdemokratie. Daß jährlich das Agrarland für Schiffsjahre, französische Weine und Schnäpfe ins Ausland geht, davon spricht man nicht. Könnte man damit nicht tausendfach die Not der Arbeiterkinder lindern? Aber das wollen diese Herren ja nicht, was sie wollen und brauchen ist die Hege, die Hege.

Noch ein anderes: Kann die liberale Bürgerschaft das geringste dafür, daß die deutsche Welt täglich sinkt? Im Reich ist ein Zentrumsmann, der Agrarfreund Hermes, Finanzminister, und in Preußen ein Volksparteiler. Möge sich die Einheitsliste also bitte bei ihren Listenspartnern nach den Gründen des Marxsturzes erkundigen.

Der Grund für den Marxsturz ist die ungeheuerliche Steuerhinterziehung der Herren Kapitalisten; ist der unglaubliche Drückenmacher der Industrie und des Handels. Sind das vielleicht sozialdemokratische Kreise?

Wo man Euch ansieht, Ihr Männer um und hinter Euch. Nieht der Güter der Lüge aus Euren geldgeschwängerten Händen. Ihr wagt zu sagen, das Volk darf die Wahrheit nicht erfahren? Allerdings, wenn das Volk die ganze Wahrheit wüßte, dann würde Eure ganze Herrlichkeit vor dem Grimm der Massen zerkrachen wie Haisespren im Sturm.

Ihr sprecht von Terror, die jahrzehntelange das Volk ängstlich und innerlich geschneht haben. Ihr sprecht von Freiheit, die noch im Jahre 1918 die Arbeiter von jedem Bestimmungsrecht im Staate ausschließen wollten.

Arbeiter, Beamte, Angestellte! Wie lange wollt Ihr noch die Last des Wuchers mit Euch herumhulpen? Denkt an den langen Winter! Denkt an Eure Familien!

Sticht dem Kapital am Sonntag eine Fackel auf; bis hierher und nicht weiter. Holt gegen den Euch ausbeutenden und aushungernenden Reichthum am Sonntag aus zu einem Schlege, von dem er sich nie mehr erholen soll.

Es geht es nicht weiter! Arbeitende aller Stände, tretet in die Reihen der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die den Wucher austrotten will und kann. Sie ist Eure Partei!

Wählt alle die Liste Ehlers.

Die neuen Steuerentwürfe.

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtbericht).

Die Beratung der dem Reichstag zugegangenen Steuerentwürfe soll dem Beschluß des Reichstages entsprechend, durch drei Ausschüsse erfolgen, und zwar sollen das Vermögenssteuergesetz, das Vermögenswachstumssteuergesetz, das Gesetz über eine Abgabe vom Vermögenswachstums aus der Nachkriegszeit, das Kapitalverkehrssteuergesetz, das Versicherungssteuergesetz und das Umsatzsteuergesetz durch den schon bestehenden 11. Ausschuss beraten werden, während die Entwürfe über die Verbrauchsabgaben einem zweiten neu gebildeten Ausschuss übergeben werden. Das Gesetz über das Baarzinseinkommen wird ein besonderer Ausschuss bearbeiten. — Der 11. Ausschuss hat in seiner Sitzung am Donnerstag beschlossen, mit der Beratung der ihm zugewiesenen Steuerentwürfe am Donnerstag, dem 17. November, zu beginnen und die Beratungen während der Vertagung des Reichstages weiterzuführen, so daß sie voraussichtlich noch vor Weihnachten durch das Plenum verabschiedet werden können. Als erstes Gesetz wird das Vermögenssteuergesetz in Angriff genommen. Die Generaldebatte wird in einer gemeinsamen Sitzung der beiden großen Steuer Ausschüsse erfolgen. Der Ausschuss wird den Wunsch aus, bis zur nächsten Sitzung statistisches Material über die Belastung des Verbrauchers durch die bisherigen Verbrauchssteuern von der Regierung zu erhalten.

Die Reparationskommission beim Reichskanzler.

Berlin, 11. November.

Die Reparationskommission hat gestern dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Höflichkeitsbesuch abgezollt. Der Kanzler gab einen kurzen Überblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er betonte, es sei unrichtig, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Markwährung fordere.

Vor der Entscheidung über Ungarn.

Dedenburg, 11. November.

Der ungarische Regierungskommissar für Weibungarn ist in Dedenburg eingetroffen, um über die Volksabstimmung in der Entschlossenheit zu beraten. Die österreichische Landwehr hat mit dem Einmarsch in die weibungarischen Gebiete begonnen.

Goldmangel in einer Lokomotive.

Kopenhagen, 11. November.

Nach einem Telegramm aus Aprunde beschlagnahmte die dänische Grenzbehörde in einer neuen Lokomotive, die von Deutschland nach Dänemark überführt werden sollte, Goldbarren im Werte von 24 Millionen Goldmark. Dieses Gold sollte nach Dänemark eingeschmuggelt werden. Es wurde beschlagnahmt.

Die Krise in der Demokratischen Partei.

Der Demokratische Verein in Frankfurt am Main nahm in einer Versammlung eine Resolution an, worin die Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion in der eben überwundenen Regierungskrise bedauert und verurteilt wird. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth hätte nur nach Aussprache der Parteien im Reichstag freiwillig als Protest gegen die Vergewaltigung des Rechts in der überschleissigen Frage erfolgen dürfen. Wöllig unverständlich sei der Beschluß der Fraktion, der ihr Ausscheiden aus der Koalition zur Folge hatte und durch den die Mitarbeit von Rathenau an verantwortlicher Stelle vorläufig ausgeschlossen worden sei. Die Haltung der Fraktion sei als ein in der Hauptsache durch das Entgegenkommen gegen die Deutsche Volkspartei beeinflusstes Umschwenken von einer eigenen demokratischen und sachlichen Politik abzulehnen und verdienende als ein Zeichen der Schwäche und mangelnder Zielstrebigkeit scharf kritisiert.

Die Delegierten für Bremen wurden beauftragt, auf dem dortigen Parteitag im Sinne dieser Entschließung zur Frage der Parteiführung und der Politik der Partei Stellung zu nehmen.

Die Führer der demokratischen Reichstagsfraktion, die Koch, Petersen, Gothein usw. werden in Bremen keinen leichten Stand haben, um ihre unverständliche Politik dem Ansturm der Kritik aus ihren eigenen Reihen gegenüber zu verantworten. Die Politik dieser Männer hat es fertig gebracht, daß es mit der Deutschdemokratischen Partei, die im November 1918 mit lautem Sang und Klang gegründet wurde, ständig bergab geht. Das unablässige Schielen nach rechts, worin die Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion seit langem ihre Hauptaufgabe erblickt, hat nachgerade zwischen sie und einen Teil der Mitglieder der Demokratischen Partei einen Keil getrieben, der auf dem Bremer Parteitag durch wohlwollende Mahnungen zur Einigkeit nicht so leicht beseitigt werden dürfte. Diesen ehrlichen Demokraten bürgerlicher Struktur ist es nachgerade widerwärtig geworden, von der „neuen“ Partei die alte Komödie des Liberalismus weitergespielt zu sehen.

Gegen die Entschädigung der Eisenbahnen.

Berlin, 11. November.

Gestern waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und Arbeiter, sowie Hauptdezentrat und Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammen getrossen, um mit dem Verkehrsminister die Zweckmäßigkeit einer Entschädigung der Reichsbahnen zu erörtern. Sämtliche Organisationen lehnen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklären, daß sie auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückweichen werden.

Oberschleissens Vertreter bei Schiffer.

Berlin, 11. November.

Gestern fand im Reichstagsaal unter dem Vorsitz des deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Schiffer, eine Sitzung der ober-schleissischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten statt. Auf die Wirkung der Arbeitnehmerhaft legte Schiffer den größten Wert. Schon jetzt sind in die Unterkommision Jolkweien, die sich auch mit der Frage der Ein- und Ausfuhr zu beschäftigen hat, Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter der verschiedenen Richtungen zu Sachverständigen bestellt worden.

Das Ende der außerordentlichen Gerichte.

Berlin, 11. November.

Die Beendigung der Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte wird nach einer Verordnung des Reichspräsidenten auf den 15. November festgesetzt. Die Tätigkeit der dazu gehörigen Untergebunden endet mit dem 15. Dezember. Nicht erledigte Verfahren gehen dann an die ordentlichen Gerichte weiter.

Deutscher Reichstag.

Donnerstag, 10. November.

Sozialdemokratische Interpellation über die Deutschen Werke.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Deutschen Werke.

Soch (SPD) begründet die Interpellation. Die Deutschen Werke zehnzehnten 14 Betriebe in sich und beschäftigen 36 000 Arbeiter ausschließlich mit Friedensarbeit. Der jetzige Eingriff der Kontrollkommission schädigt die Entwicklung aufs schwerste. Sie verlangt, daß die Fabrikation von Kolbodium und Nitrozellulose im Werk „Wolfgang“ eingestellt und alle Gebäude und Anlagen zerstört werden. Ferner soll in den Werken „Erfurt“ und „Halsdorf“ die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen bis zum 1. April 1922 eingestellt werden. In einem Werk „Spanbau“ soll der Neubau eines Wagwerkes und Aufstellung neuer Generaloren unterbleiben. Die Direktion war von Anfang an bemüht, vertragsmäßig die Produktion der Werke umzustellen. Was hat es für einen Sinn, die Herstellung von Schießbaumwolle zu verbieten, aus der Schießbaumwolle gemacht wird? Die Furcht, es würden sich große Vorräte ansammeln, die im Kriegsfall leicht wieder in Schießbaumwolle umgewandelt würden, ist unfundiert; denn bei den großen Vorräten sammeln sich keine bedeutenden Vorräte an. Auch liegt diese Fabrik so dicht an der Grenze, daß die Franzosen sie in kürzester Frist durch Fliegerbomben zerstören könnten. Die Deutschen Werke sind den Anforderungen der Entente in jeder Weise nachgekommen. Für Zerstörungswerte wurden allein 37 Millionen Mark ausgegeben, für Arbeitslöhne 10 Millionen. Die Eingriffe der Kontrollkommission sind völlig unberechtigt. Die

Widerrechtlichkeit dieser Maßnahmen

liegt klar vor Augen. Nichts ist hinter dem Rücken der Kontrollkommission geschehen. Alle Einzelheiten sind vorgelegt und genehmigt worden. Es handelt sich bei diesen unerhörten Vergewaltigungen nicht um Recht und Gerechtigkeit, da ja auch der Friedensvertrag kein Rechtsvertrag ist, sondern ein Machtinstrument, das wir erfüllen müssen, weil wir uns nicht dagegen wehren können. Im Zeitalter der kapitalistischen Unterdrückung liegt das Rechtswort beim Unterdrückten ganz anders aus, als beim Unterdrückten. Trotzdem müssen wir den Vertrag erfüllen, weil wir uns sonst nur weitere Vergewaltigungen und Zwangsmaßnahmen aussetzen. In dieser Frage müßte im ganzen deutschen Volk Einigkeit herrschen. Unverständlich aber ist es, wenn die eine Partei den anderen Verräter, die über Mittel und Wege zu dem gemeinsamen Ziel anderer Kräfte sind, Ehrlichkeit und Nationalgefühl absperrt. Rechtsgebende Kreise haben auch hier wieder Gelegenheit zur Verschamung gesucht und die Arbeiter der

Deutschen Worte in den betreffenden Lokalblättern aufzuführen versucht mit der Behauptung, daß alles nur von der Schlappheit und Vaterlandslosigkeit der Regierung herrühre, und es wäre kein Arbeiter brotlos geworden, wenn die Regierung nicht den Friedensvertrag unterzeichnet hätte. Gewiß muß die Regierung alles tun, um unser Recht zu wahren, aber das Problem liegt doch nicht so einfach, daß wir nur auf den Tisch zu klopfen und das Maul aufzureißen brauchen, um etwas zu erreichen. Dieser Fall ist in nur ein Blatt unserer Lebensgeschichte. Aber auf diesem Wege geht es überhaupt nicht weiter. In den nächsten Monaten haben wir ein

ungeheures Steigen der Teuerung

und eine große Arbeitslosigkeit zu erwarten, und das sollen im Werk „Wolfgang“ die Gebäude völlig zerstört werden, mit allen Maschinen, ohne Rücksicht auf anderweitige Verwendung? 11 000 Arbeiter würden durch diese Maßnahme brotlos werden. Auch diese Machtwütigen können das Leben nicht erschaffen, sonst hätten sie es schon getan! Wir stehen nicht allein, denn an unserem Unterange würde die ganze Welt leiden. Auch unsere herrschenden Klassen haben einmal so Machtpolitik gemacht und uns verpöttelet, als wir während des Krieges unsere Stimme erhoben und die Beziehungen der Völker nach Recht und Gerechtigkeit regeln wollten. Heute haben diese Kreise andere Worte und rufen jetzt nach Gerechtigkeit. Es muß alles geschehen, um den Anforderungen des Vertrages gerecht zu werden, die wir erfüllen können, damit kein böser Wille den Gegnern einen Vorwand zu weiteren Vergewaltigungen bieten könnte. Dann aber muß die Regierung immer wieder die Zumutungen der Entente und ihre Unmöglichkeit öffentlich klarstellen und darauf hinweisen, daß Kernkraft und Selbstbestimmung auch bei den anderen Völkern zurückzuführen. (Leh, Beifall bei den Sozial.)

Reichsfinanzminister Bauer: Als die Nationalversammlung feierlich bei der Reichstagskonferenz die Zustimmung zum Umbau der Deutschen Werke beantragte, wurde diese vernünftigerweise erteilt. Wenn die Regierung mit einer so völlig entgegen-gesetzten Verfügung wie der jetzigen hätte rechnen können, dann hätte sie nicht in ungeheure Summen in diese Betriebe gesteckt. Das Werk „Wolfgang“ soll vollständig zerstört werden, obwohl die Fabrikation mit ausdrücklicher Genehmigung der Kontrollkommission wieder aufgenommen wurde. Ebenso liegt eine ausdrückliche Genehmigung für die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen in „Erfurt“ vor. Die Deutschen Werke waren peinlich bemüht, nur jeder Maßnahme die Entente-Kommission zu verständigen. Die Behauptung des General Koller, daß in der Herstellung von Waffen die Grenze des Bedürfnisses überschritten wurde, ist unrichtig. Erfürlich wird dieser völlig ungeschickliche Eingriff angesichts der Lage Deutschlands nicht nur aus der Angst, sondern vor allem aus Handelsneid. Die Liste der verlangten Restörungen ist mir jetzt vom Landesfinanzamt zugegangen. (Der Minister verliest die Liste.) Danach sind zahlreiche Gebäude zu zerstören, Maschinen wenigstens zu zerstören, alle Arbeiter zu entfernen. (Lachen.) Durch die vollständige Eingriffe wird eine wirtschaftliche Führung der Betriebe unmöglich gemacht.

Tausende von Arbeitern stehen vor dem Nichts

und müssen abwarten, obwohl sie zum Teil jahrzehntelang dort beschäftigt waren. Gewaltige Summen an Steuerentnahmen gehen verloren, und neue Summen sollen für Arbeitslosenunterstützung herbeigeholt werden. Alles, was in ihren Kräften steht, wird die Regierung für die Deutschen Werke tun. Wir haben die Note des General Koller beantwortet und alle Gründe dagegen angeführt. Auch in den Verhandlungen bei der Reichstagskonferenz werden wir alles daran setzen, um sie von der Sinnlosigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Wir haben keine weiteren Maßnahmen durchzuführen lassen. Die Arbeiter haben sämtlich erklärt, sie würden jeden niederschlagen, der die Hand gegen die Anlagen erhebt. (Hört, hört!) Wenn man weiß, daß der ganze Ausba der Deutschen Werke mit Genehmigung der Kommission geschehen ist, kann man es nur unerhört finden, daß sie eines Tages ohne jede moralische Verantwortlichkeit sagt: „Jetzt müssen die investierten Kapitalen wieder zerstört werden.“ Ich hoffe doch noch, daß die Reichstagskonferenz angesichts dieser Sachlage die Maßnahmen der Kommission wieder aufheben wird. (Beifall.)

Auf Antrag Müller-Franken (SD.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Erina (Z.): Dilemme Schritt der Entente wird bald ein zweiter und dritter folgen, um unser Wirtschaftsleben völlig zu zerstören. Militärische Macht kann nicht dahinter stehen, denn mit Kadaverwehen kann man keinen Krieg machen. Es ist nur Handlung, Ruhe und Beständigkeit, während gleichzeitig die weltwirtschaftliche Krise sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitet. Wir bitten den Minister, das Recht des deutschen Volkes mit allen Kräften wahrzunehmen. Mögen wir endlich zu dem selbstbestimmten nationalen Einheitswillen des deutschen Volkes kommen.

Sartina (DDB): Der Internatant und seine Kreunde haben die Behauptungen darüber geschaffen, daß alle Vorstellungen nun nichts mehr nützen. Möge die deutsche Arbeiterschaft sich mehr und mehr dem deutschnationalen Gedanken zuwenden und sich von den sozialistischen Organisationen abwenden. Nur eine friedliche und nationale Politik kann uns wieder zu der richtigen Volksgemeinschaft führen.

Brünnighaus (DDB): Die Sozialdemokraten haben sich immer lassen lassen von der Angst, daß eine Verständigung ohne weiteres möglich gewesen wäre. Zur Verständigung gehören aber immer zwei. Wir hoffen, daß die Reparationskommission sich mit den Deutschen Werken beschäftigt. Artikel 234 des Friedensvertrages, auf dem die Reparationszahlungen beruhen, hat seine Voraussetzungen verloren. Der Vertrag muß revidiert werden. (Beifall rechts.)

Gothein (DDB): Können wir mit Verhandlungen nichts erreichen, dann müssen wir

Protest vor der ganzen Welt erheben gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird, und in diesem Protest wollen wir alle uns vereinen. (Stürmischer Beifall.)

Brandes (USB): Wenn die Kontrollkommission die Herstellung von Kriegsmaterial verbietet, so findet sie die volle Zustimmung der Arbeiterschaft, aber solche unantastbare Maßnahmen, wie die Zerstörung der Deutschen Werke, muß einen Sturm der Empörung nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern im ganzen deutschen Volk hervorrufen und, wie ich hoffe, in der ganzen Welt. Wenn der deutschnationale Redner glaubte, hier bei den Arbeitern Propaganda für die deutschnationale Politik machen zu können, so sehe ich deswegen ruhig in die Zukunft, denn ich weiß, daß die Arbeiter erkannt haben, wer an dieser Lage die Hauptlast trägt. Sie (nach rechts) geben noch nicht der Entente Vorschläge zu Verhandlungen deutscher Adelheit. Die reaktionären Kreise, die mit Geheimorganisationen, wie es jetzt in Saalen bekannt geworden ist, das deutsche Volk so schwer schädigen, haben auch den Deutschen Werken immer feindselig gegenübergestanden, weil sie von ihnen eine wirtschaftliche Konkurrenz fürchteten. Auch wir verlangen, daß die Regierung alles tut, um die Zurücknahme der Maßnahmen zu erreichen. Außerdem werden sich die Gewerkschaften an die Gewerkschaften der internationalisierten Länder wenden mit dem Appell, auf die Ententereferenzen einen Druck nach dieser Richtung hin auszuüben, und dieser Appell wird nicht wirkungslos sein.

Schirmer (DDB): Wir schließen uns der Aufforderung an die Regierung an, mit allem Nachdruck den Franzosen zu sagen: Bis hierher und nicht weiter.

Malajan (K.): Wie warman die Arbeiter, sich auf die Arbeitgeber zu verlassen. Die Hilfe liegt in der eigenen Solidarität. Wir fordern die vollkommene Umstellung der Betriebe in die Friedenswirtschaft. Erst dann kann die deutsche Regierung



gegen die Forderungen der internationalen Kommission aufzutreten.

Hoch (SN). Schlüsselwort: Die Besprechung der Interpellation hat eine Einstimmigkeit in den wesentlichen Punkten gezeigt. Trotzdem mußte ich auch das zur Sprache bringen, worin wir mit den anderen Parteien nicht übereinstimmen. Ich würde mich aber der elendsten Heuchelei schuldig machen, wenn ich behauptet hätte, wir wären in dieser Frage ein Herz und eine Seele. Der Abgeordnete Hartwig hat behauptet, daß es gerade unsere Partei war, die die politischen Voraussetzungen durch die Leistung der Unterschrift unter den Friedensvertrag geschaffen habe für unsere ganze wirtschaftliche Lage. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Abgeordnete Hartwig kannte die damaligen Verhältnisse nicht, unter denen wir den Friedensvertrag unterschrieben, oder aber er hat hier wissenschaftlich die Unmöglichkeit gesagt. Die Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß der Friedensvertrag von uns Unmögliches fordere. Hätten wir uns aber geweiht, so wären die Franzosen in Sankt einmarschiert und kein Stein wäre von den Deutschen Werten auseinander gelassen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

**Die Besoldungsvorlage.**

Es folgt sodann die erste Beratung des neuen Besoldungsgegesetzes.

Lühring gibt für die sozialdemokratische Partei eine Erklärung ab, in der mit Genauigkeit festgestellt wird, daß der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung der Beamtenbesoldung von der Reichsregierung Rechnung getragen ist. Leider ist aber die prozentuale Teuerungszulage wieder nicht beibehalten worden. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben sich mit den unzufriedenstellenden Angekündigten nur abgefunden um einen Bruch und einen wirtschaftlichen Kampf zu vermeiden. Die Reichsregierung wird deshalb ersucht, in erneute Verhandlungen mit den Beamten einzutreten, um auch die höheren Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zu berücksichtigen. Dabei muß der gleiche prozentuale Teuerungszulage ebenfalls aufgehoben werden. Ferner muß das Gesetz über die Ortsklasseneinteilung schleunigst zum Abschluß gebracht werden. Das vorliegende Gesetzentwurf stimmt mir zu, weil jede Veränderung der Vorlage eine erhebliche Verzögerung ihrer Verabschiedung bedeutet. Wir erwarten aber bestimmt, daß ein Vergleich für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen umgehend erfolgt. (Bravo! bei den Soz.)

Die Abgeordneten Hoeftle (S) und Vogel (DNB) stimmen dem Gesetz zu.

Morath (DNB): Trotz erheblicher Bedenken stimmen wir zu in der Erwartung, daß auch endlich die Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Kleinrentner durchgeführt werden.

Frau Fieg (NSD): Bei den mittleren und unteren Gehaltsstufen ist die Erhöhung vollständig unzulänglich während die hohen Beamten zu viel bekommen.

Dauer (DNB) stimmt ebenfalls unter Vorbehalt zu.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß das Reich bereit sei, den einzelnen Ländern zur Aufbesserung der Beamtengehälter Vorstöße vorzulegen im voraus zur Verfügung zu stellen.

Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Annahme der zweiten Lesung erhebt der Abgeordnete Crispian (NSD) Widerspruch. Das Haus vertagt sich auf Freitag, 2 Uhr. — Anfragen. — Teuerungszulageinterpellationen. — Schluß gegen 7 Uhr.

**Materialismus als Geschichtsauffassung und Weltanschauung.**

In der sozialistischen Erörterung spielt das Problem der materialistischen Geschichtsauffassung eine gewaltige Rolle. Sie ist gewissermaßen das Zentralsystem, um das die übrigen Steinchen, die den gewaltigen Bau des Sozialismus begründen, sich gruppieren. Es kann an dieser Stelle keine ausführliche Darstellung vom Wesen des historischen Materialismus gegeben, seine Entstehungsgeschichte, seine Wurzeln und seine verschiedenartigen Ausdeutungen sollen nicht im einzelnen dargelegt werden. Im übrigen ist gerade die Kenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung als ein Fundament des sozialistischen Lehrgebäudes der Arbeiterklasse in Fleisch und Blut übergegangen, und die verschiedene Anschauungsweise, mit der das Proletariat auf der einen das Bürgertum auf der anderen Seite den historischen Geschehnissen gegenübertritt, ist eine, wenn auch nicht immer klar empfundene, Wirkung dieser innerlichen Verarbeitung des historischen Materialismus.

Die historische Geschichtsauffassung beschäftigt sich, wie ihr Name besagt, mit der Erklärung der geschichtlichen Entwicklung. Nach ihr ist der Produktionsprozess die entscheidende Voraussetzung und Grundlage für die geistigen Strömungen einer Zeit, die sich auf der ökonomischen Basis als „ideologischer Umbau“ erheben. Die materialistische Geschichtsauffassung wurde von Marx und Engels zunächst in schärfster und prägnantester Form ausgesprochen. In einem Brief aus dem Anfang der neunziger Jahre spricht Engels selbst davon, daß man eine neuentdeckte Wahrheit zunächst so begründen müsse, daß sie unerschütterlich dazustehen scheint, und daß erst eine spätere Zeit der Prüfung und Sichtung der bisherigen Ergebnisse dieser neuen Wahrheit zunächst so begründen müsse, daß sie unerschütterlich dazustehen scheint, und daß erst eine spätere Zeit der Prüfung und Sichtung der bisherigen Ergebnisse dieser neuen Wahrheit eine etwa notwendig gewordenen Modifizierung zulasse. Demzufolge schwächte Engels in seinem berühmten gewordenen Briefe, den er an einige junge Studenten in Zürich, u. a. unseres Wissens auch an Genossen Konrad Schmidt, richtete, die Marx-Engelsche Erläuterung des historischen Materialismus ab und sprach zum ersten Male von den Wechselwirkungen, die durch Kunst, Philosophie, Jurisprudenz usw. auf die ökonomische Basis ausgeübt wurden und an dieser wiederum gewisse Veränderungen ausübten. Hiermit war die gegnerische Behauptung, die historisch-materialistische Geschichtsdeutung überhöhe die Bedeutung des ökonomischen Faktors, entkräftet und einem Hinweis auf die „idealistischen Werte“ grundlegend die Spitze geboten.

Die nachfolgenden Jahrzehnte, die für den Sozialismus eine Zeit fruchtbarster Anregung und lebendigster Diskussionen waren, bauten den Begriff des historischen Materialismus aus und suchten ihn aus einer bloßen Betrachtung des geschichtlichen Wandens zu einer Weltanschauung, zu der Weltanschauung des Proletariats, auszubauen. Man kann weder behaupten, daß dieser Versuch geglückt, noch daß er mißlungen ist. Die Weltanschauung eines Menschen ist seine allerpersönlichste Angelegenheit, und es ist zwecklos, darüber zu streiten, ob die materialistische Weltanschauung die richtige ist oder irgend eine andere. Das wesentlichste ist vielmehr die innere Befriedigung des Menschen und seine harmonische Einstellung in den Kosmos. Projektienmacherei

lag der Sozialdemokratie von jeher fern und es ist nicht das mindeste dagegen einzuwenden, wenn große Teile der Arbeiterklasse oder auch Angehörige der anderen Klassen der materialistischen Weltanschauung und in ihr ihre Befriedigung gefunden zu haben glauben.

Damit ist jedoch das Problem nicht im entferntesten gelöst. Es soll an dieser Stelle nicht der alte Streit zwischen den Kantianern und den Hegelianern aufgeworfen, es soll in keine Untersuchung der Vorzüge der ethisch-ästhetischen oder der historisch-materialistischen Richtung angestellt werden. Bedinglich eine Tatsache sei mit allem Nachdruck konstatiert: Es gibt in der Sozialdemokratie eine große Anzahl von Genossen, die sich mit dem historischen Materialismus als einer Weltanschauung nicht anfreunden können, die in ihr keine Lösung der menschlichen Problematik erblickt. Viele mögen dies innerlich empfunden haben, ohne daß die Vorstellung sich zu einer exakt vertretenen Auffassung verdichtete. Nun wurde in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ vor einiger Zeit von Dr. Max Fischer ein Aufsatz über „Die materialistische Geschichtsauffassung“ veröffentlicht, der m. E. einen bedeutenden Beitrag zur Philosophie des Sozialismus liefert. Soweit Fischer sich mit den Beziehungen zwischen den ideologischen Faktoren und der ökonomischen Basis auseinandersetzt, ist sein Kampf wenig mehr denn ein Kampf gegen Windmühlenschlügel. Soweit er jedoch den Begriff „historischer Materialismus“ untersucht, gelangt er zu Ergebnissen, die von weitesten Kreisen der Parteigenossen gekannt und gewürdigt zu werden verdienen. Fischer unterscheidet scharf zwischen der materialistischen Geschichtsauffassung und der materialistischen Weltanschauung. Zutreffend schreibt er:

„Die meisten Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung machen sich ihre Polemik sehr einfach, indem sie garrn die materialistische Geschichtsauffassung, sondern nicht dessen die materialistische Weltanschauung beförden. In Wahrheit handelt es sich dabei um zwei inhaltlich sehr verschiedene Dinge, die unglücklicherweise das Wort „materialistische“ mit einander gemeinsam haben und nicht nur von den Gegnern, sondern auch von vielen Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung, die man deshalb besser als „ökonomische Geschichtsbetrachtung“ bezeichnen würde, unklar miteinander vermengt werden.“

Nunmehr gibt Fischer mit prägnanter Schärfe eine Definition der materialistischen Weltanschauung. Unter ihr versteht er „jene Deutung der Welt, die da lehrt, die Materie bilde das eigentliche Wesen alles Seins. Alle Dinge seien materieller Natur, oder sie seien nicht. Der philosophische Materialist glaubt, daß auch die Gefühle und Gedanken der Menschen materieller Natur sind und materieller Verursachung unterliegen; er leugnet, daß es außer-materielle oder übermaterielle Sphären gibt.“ Hieraus leitet Fischer den Unterschied des Weltanschauungsbegriffes vom Begriff der Geschichtsauffassung auseinander und zeigt, daß diese von dem Werden, jene von dem Sein der Dinge handelt. — „Sie lehrt, daß geschichtliche Veränderungen sich zunächst in der Sphäre des Materiellen, des wirtschaftlichen Lebens vollziehen und daß diese Veränderung des materialistischen Lebens nun bedingend einwirkt auf alle anderen Sphären des Lebens, auf Recht und Staat, auf Sitte und Sittlichkeit, auf Kunst und Wissenschaft, ja selbst auf Philosophie und Religion.“ Und nun folgen die m. E. entscheidenden Sätze:

„Wenn ich nun aber sage, die Erscheinungsformen des Rechtes, der Kunst oder der Religion seien in solcher Weise von dem materiellen Leben bedingt, so sage ich darüber durchaus nichts aus, was denn das Recht, die Kunst oder die Religion ihrem Wesen nach ist. Auch wenn ich der materialistischen Philosophie zum Trost überzeuge bin, daß das Wesen des Rechtes, der Kunst oder der Religion im metaphysischen verankert sei, so steht kein grundsätzliches Bedenken dem gegenüber, daß ich zu der Ueberzeugung komme, ihre Ausgestaltungen in Raum und Zeit seien abhängig von den materiellen Lebensverhältnissen. Man kann als Anhänger der verschiedenen philosophischen Standpunkte die materialistische Geschichtsauffassung annehmen, ebenso wie man von den verschiedensten Weltanschauungen her eine physikalische, chemische oder biologische Theorie annehmen kann.“

Diese Sätze sind von einer geradezu fundamentalen Bedeutung. Logisch glänzend dargelegt, eröffnen sie dem philosophisch-interessierten eine ganze Fülle neuer Perspektiven: der Kantianer, der Hegelianer, der Spinozist, der Metaphysiker — sie alle können trotz ihrer besonderen Standpunkte gute Sozialisten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sein, ohne daß sie von ihrer abweichenden Weltanschauung auch nur einen Bruchteil anzugeben brauchen. Hierdurch wird — wenn es vielen Parteigenossen so geht, wie es mir beim Lesen dieser Ausführungen erging — eine innere Hemmung beseitigt, die immer wieder bei der Beschäftigung mit Fragen der sozialistischen Philosophie einen Zweifelstakt hervorrief, über den hinwegzukommen bisher eine löbliche und sachliche Unmöglichkeit war. Man soll diese Ausführungen nicht mehr aus dem Auge verlieren; denn die praktische Bedeutung der scharfen Begriffscheidung des Wortes „Materialismus“ liegt darin, daß, wie der Verfasser jenes vorstehend zitierten Artikels sagt, man nunmehr zugeben muß, daß der Kampf um die materialistische Geschichtsauffassung nicht auf dem Gebiete der Erkenntnistheorie, sondern nur auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft ausgefochten werden kann.

**Volkswirtschaft.**

**Marktbesserung.**

Die Mitteilung, daß durch eine Kontrolle der Devisengeschäfte eine Besteuerung der Kursgewinne in der Devisenspekulation bevorsteht, hat genügt, um den Dollarkurs an der gestrigen Börse und mit ihm auch die Notierungen der übrigen Devisen beträchtlich herabzusetzen. Das künstlich aufgebaute Kursgebäude, das sich in hohem Grade auf die heimische Spekulation stützte, ist damit ins Wanken gekommen. Der Dollar, der vorgestern amtlich mit 309,69 notierte worden, im zweiten Versteher aber über 330 hinaufgestiegen war, ging nach der gestrigen amtlichen Notierung auf 252,74 zurück. 100 holländische Gulden ermäßigten sich von 10589 auf 8691, 1 Pfund Sterling von 1178,80 auf 981,50, 100 französische Franken von 2287,75 auf 1798,20 und 100 Schweizer Franken von 5744,25 auf 4690,20. In Anbetracht der großen Wertminderung der letzten Woche bedeutet natürlich diese Besserung der Mark noch nicht viel. Sie

zeigt aber bereits, wie sehr der Markkurs durch spekulative Marktschwächen beeinflusst war. Jetzt, nachdem die Wertminderungen und -schwächen beschränkt sind, muß die Gewinne nicht mehr in Sicherheit bringen können, ohne daß die Steuerbehörde davon erfährt und diese Einnahme über die Einkommensteuer viel schärfer erfaßt, als es etwa durch die Devisenumschlagsteuer möglich ist, hat der Goldwert der fremden Zahlungsmittel erheblich verloren und man wirft Devisen auf den Markt.

Das vollzog sich am Tage der Bekanntgabe der Reparationskommission. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß auch diese Tatsache bei der Besserung der Mark mitgewirkt hat. Solange in Paris, London, Spa und Genf über die deutsche Zahlungsfähigkeit diskutiert und diskutiert wurde, konnte man darauf rechnen, daß die Schiedsprüger der Entente den Wertminderungen Vorzug leisteten. Jetzt kommt die Reparationskommission nach Berlin. Sie kann es mit eigenen Augen beobachten, wie der Markkurs mit ganz wenig Angebot und Nachfrage an der Berliner Börse gemacht wird, der im Ausland die verhängnisvollen Folgen nach sich zieht, sie kann auch ferner sehen, wie die nichtbesitzenden Kreise bemüht sind, eine Expansionspolitik zu treiben, während der Besitz sich an dem allgemeinen Elend nicht bereichert. Sie wird die Beschränktheit der deutschen Zahlungsmittel leichter erkennen, als das nach den amtlichen und nichtamtlichen Berichten der Diplomaten und Agenten möglich ist und sie wird daraus ihre Schlüsse auf die nächsten Zahlungen und auf die Zahlungsweise der Reparationen ziehen müssen.

**Die Lage in Handel und Industrie.**

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Monat Oktober dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen eine Fortdauer des lebhaften Geschäftsganges. Der Schmelz stand der Waluta ermäßigste einen bedeutenden Export und gab dem Inlandsverbrauch zu umfassenden Eindrücken für die Zukunft, durch die die Läger von Groß- und Einzelhandel schneller geleert wurden, als sie nachgefüllt werden können. Anlaß. Die lebhafteste Beschäftigung fast der gesamten Industrie machte auch einen bedeutenden Gegenwartsbedarf. Die Aufhebung der Rheingrenzlinie wurde nicht nur im besetzten Gebiete als große Erleichterung empfunden. Schwere Hemmnisse der Produktion stellten der Mangel an Qualitätsstoffen und eine unzureichende Stellung von Eisenbahnwagen dar, die durch einen weitgehenden Mangel des Binnenverkehrs infolge der ungewöhnlichen Trockenheit verschärft wurde. Dazu kamen in den eisenerarbeitenden Gewerben Knappheit an Rohstoffen und in allen Industriezweigen erhöhte Lohn- und Gehaltsansprüche, über die in der Mehrzahl der Fälle eine Verständigung erfolgte, die jedoch vielfach die Kalkulationsgrundlagen der Abnehmer umwarfen, an deren Ausföhrung gearbeitet wurde. Diese Industrie sind unter diesen Umständen nicht in der Lage gewesen, der gegenwärtigen Nachfrage zu entsprechen und mußten ihre Lieferungen streng rationieren. Neue Abschlässe können wenig zu tun, bei es, daß die Abnehmer nicht für längere Zeit Preise machen konnten, sei es, daß die Abnehmer die geforderten Preise nicht bewilligen wollten. Die durch die Marktentwertung herbeigeföhrte Unsicherheit hat bisweilen sogar dazu geführt, daß im Inlandsgechäft Abschlässe in ausländischer Währung gemacht wurden.

**Wiedmärkte.**

S a m b u r g , 10. November.

**Rindermarkt.**

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtwiedmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezählt für 50 Rg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quere 950—1050 Rg. II. Qualität 800—940 Rg., III. Qualität 600—750 Rg. Bullen 800—840 Rg., II. Qualität 650—750 Rg., III. Qualität 500—600 Rg. Vollfleischige und fette Kühe bis 5 Jahr alt 900—1000 Rg., ältere fette Kühe 700—850 Rg., mäßig gemästete 500—600 Rg., gering gemästete 350—450 Rg. I. Qualität Weidemaßschafe 750 bis 850 Rg., II. Qualität 650—700 Rg., III. Qualität 400—550 Rg. Zufuhr 3624 Rinder (hierunter 1124 Ochsen, 299 Quere, 397 Bullen, 855 Kühe) und 2654 Schafe. Der Handel verlief mäßig reger bei anziehenden Preisen. Mit Schafen reger. Durch die Landwirtschaftskammer wurden 310 Rinder und 352 Schafe verkauft.

**Devisen-Kurse.**

Berlin, 11. November.

Amlliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		10. Nov.	9. Nov.
Amsterdam	100 fl.	9340.65	8691.30
Büssel (Antwerpen)	100 Frs.	1908.05	1773.20
Kristiania	100 Kr.	3746.25	3471.50
Kopenhagen	100 Kr.	4825.15	4420.55
Stockholm	100 Kr.	6193.80	5694.30
Helsingfors	100 finn. Mk.	—	459.50
Rom	100 Lire	1123.85	1045.95
London	1 £	1063.90	981.50
New York	1 Doll.	272.22	252.74
Paris	100 Frs.	2007.95	1788.20
Zürich	100 Frs.	3194.80	4690.90
Madrid	100 Pesetas	3946.05	3471.50
Wien	100 K.	8.78	8.73
Budapest	100 K.	22.47	26.22
Prag	100 K.	284.70	279.70

**Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.**

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit
Angekommen am 10. November.					
Zugzeit					
Tage					
Std.					
D.		Nordstern	Kähler	Sundvall	5
D.		Widdene	Christensen	Eendborg	1
D.		Otto Jppen 22	Wedrich	Stettin	7
D.		Otto Jppen 23	Worens	Stettin	12
D.		Andreo	Levdt	Balten	1
D.		Otto Jppen	Busse	Stettin	9
D.		Renate	Buich	Liangjund	4
D.		Trudel	Dite	Onden	2
D.		Schmann	Schmann	Burgtaaken	3
D.		v. Scharrl	Kisting	Widdelstuet	1
Angekommen am 11. November.					
D.		Expres	Davidson	Sonderburg	12
D.		Delphin	Wienke	Kolding	1
D.		Severin	Könn	Kolding	2
D.		Anders	Schleicher	Trangjund	4
D.		Edvina	Edmann	Onden	1½
D.		Jupiter	Bolmann	Röge	1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freihand, Lübeck und Neulichen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



# Dixin

Henkels & Söhne  
Düsseldorf

Die Befreiung des Konsumenten aus den Fesseln des Privatkapitals kann nur das Werk jedes einzelnen Konsumenten selbst sein.

Streife ab die Fessel und stelle Dich in Reih' und Glied der Verbrauchergenossenschaft, dem

## Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Das billigste Feuerungsmaterial

# Kohlbrieg

MT. 20.00 per Ztr. ab Lager  
Genierufer bei d. Gasanstalt.  
Possels Kohlenhandel.

Mäntel  
Seferinen

34 Mühlenstraße 34

**Arbeiter-Nachrichten**  
morgen Sonnabend, den 19. November  
im Gesellschaftshaus „Volersbork“  
Anfang 7 Uhr. — Ende 9 Uhr.  
Darauf laden freundl. ein die diesjähr. Schaffer  
K. Kies u. J. Meier.

**Friedrichshof**  
Schwarzenor Allee III.  
Sonnabend, den 12. November:  
**Dr. Klenderball.**  
Veranstaltet von den Magazineten  
des „Klenderwerts“.  
Anfang 7 Uhr.  
Herrenkarte 3.— Mt., 90 Pfa. Steuer,  
Damenkarte 2.— Mt., 60 Pfa. Steuer.  
Das Komitee.

**Zentralhallen.**  
Morgen Sonnabend  
**Groß. Ball** vom Sparkass  
Anfang 7 Uhr. (8951) Das Komitee.

**Kedermann.**  
Morgen Sonnabend:  
**Gr. Extra-Konzert**  
mit verstärktem Orchester (8918)  
unter Leitung des Kapellmeisters Loritta.

Morgen Sonnabend:  
**Waisenkunst 2. u. Familienball**  
Anfang 7 Uhr. (8919)

**Achtung!**  
**Bauarbeiter u. Zimmerer!**  
Der- u. Platzdelegierten-  
**Versammlung**  
heute, Freitag, 11. Nov., 6 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
**Die Ferien im Baugewerbe.**  
Jeder Platz und jede Bauart muß vertreten  
sein. Anfang präzis 6 Uhr.  
Die Vorstände.

**Reell!**  
Die öffentlich höchst gebotenen Preise  
für Rauchgold, Kratzen, Platin,  
Gehäse, Schmucke, Brillanten,  
alte Münzen, Buchdruck  
gibt wirklich und überbietet oft  
**Willi Westföhlung** Uhrmacher  
32 Holtenstraße 32  
Sicheres Versteck für Händler.



Die altbekanntesten, fachwissenschaftlichen Lehrkurse für feine Damen-  
schneidererei und Zuschneidkunst. Vorsteher H. Strolch, Leipzig, eröffnen  
auf Wunsch in den nächsten Tagen in Lübeck: Knorrs Restaurant,  
Altingenberg, für Frauen und Töchter auch ohne Vorbildung einen drei-  
monatigen

**Zuschneide- und Nähkursus.**  
Der Lehrplan umfaßt das akad. Schnittzeichnen, prakt. Zuschneiden,  
Anprobieren und Anfertigen aller modernen Damen- und Kindergarderoben,  
sowie Wäsche. Zurückgebliebene Kleidungsstücke können modernisiert oder für  
Kinderfäcken verarbeitet werden. — Der Unterricht erfolgt in Vormittags-,  
Nachmittags- und Abendkursen zweimal nach einfachen, leicht-  
verständlichen und prakt. Grundrissen. Den tagsüber beruflich Verhinderten  
ist der Abendkursus zu empfehlen.  
Interessenten erhalten kostenlos Prospekte, woraus alles Nähere er-  
sichtlich, auch werden Anmeldungen entgegengenommen, sowie jede weitere  
Zukunft erteilt im obigen Lokal. (8984)

Für  
**Frauen  
und  
Töchter**  
von Lübeck  
u. Umgeg.

**Strümpfe**  
äußerst preiswert. (8918)  
Strumpfweberei  
Brüggstraße 20. Kein Laden.

**Preis-Stat!**  
Sonnabend, 12. Nov.  
Anfang 7 1/2 Uhr abends  
**Johs. Jürss**  
(8959) Engelsgrube 59.

**Friedrich-  
Franz-  
Halle.**  
Einweihung der Bühne,  
Theater u. h. m. Auführungen  
mit nachfolgendem  
**BALL**  
unter aktiver Mitwirkung  
des **Theatervereins**  
„Einigkeit“  
am Sonnabend, 12. Nov.  
Kassenöffnung 6 Uhr.  
Anf. 7 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Karten im Vorverkauf  
im Lokal. (8957)  
L. Stamer.

**Hansatheater.**  
Heute (8921)  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
3. Vorst. i. Freitag-Abon.  
**Der Vetter a. Dingsda.**  
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
**Ihre Hoheit —  
die Tänzerin.**  
Sonntag:  
nachmittags 3 Uhr:  
zu ganz kleinen Preisen  
(1—6 Mt.)  
Zum letzten Male:  
**Der Froschkönig.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der selige Balduin.**

**Stadttheater Lübeck**  
Freitag, 11. Nov., 6.30 U.  
Siegfried. (8925)  
Gastspiel von Kammer-  
sänger Georg Schme-  
ler als Siegfried vom  
Opernhaus Hannover.  
13. Ab.-Vorst. West. A.  
Sonnabend, 12. Nov.,  
7.30 Uhr. Der liebe  
Augustin. (Außer  
Abonnement).  
Sonntag, 13. Nov., 7.30 U.  
Einmaliges Gastspiel  
von Inge Thorsen als  
„Philine“ vom Hamb.  
Stadttheater.  
Mignon.  
Montag, 14. Nov., 7.30 U.  
7. Volkst. Konzert.  
Solist: Herr A. Kopp  
(Contrabaß). Strauß:  
Tod und Verklärung  
gelangt unter anderem  
zur Aufführung.

**Deutscher  
Metallarbeiter-  
Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck  
**Versammlung**  
der  
**Jugendabteilung**  
am Sonnabend, d. 12. Nov.  
abends 7 1/2 Uhr  
bei Lender, Sandstraße 41.  
Tagesordnung:  
Vortrag des Kollegen  
Bayer. (8923)  
Zur Vorstandswahl.

**Stadthallen-**  
Lichtspiele.  
Von 11.—17. November:  
**Indiskretionen  
aus dem Glashaus.**

**J-i-s-e-f**  
(Jeder ist sein eigener Filmstar)  
Sie lachen Tränen!  
Sie lachen sich gesund!  
Kein Sensationsfilm,  
sondern eine  
**Film-Sensation!**  
**Aus den Memoiren  
einer  
Film-Schauspielerin.**  
Mit (8950)  
**Lya Mara  
Ernst Hofmann.  
Komiker-Wellstreif.**

**Reell!**  
Die öffentlich höchst gebotenen Preise  
für Rauchgold, Kratzen, Platin,  
Gehäse, Schmucke, Brillanten,  
alte Münzen, Buchdruck  
gibt wirklich und überbietet oft  
**Willi Westföhlung** Uhrmacher  
32 Holtenstraße 32  
Sicheres Versteck für Händler. (8924)

**Baudilen im Stad.**  
Ein sechsaktiger Kriminal- und  
Abenteurerfilm.  
Auf unter großes Orchester wird  
besonders hingewirkt.  
Im nächsten Lokal!

gute, gesunde  
**Schweine**  
erzieht man durch  
**SOWA**  
füttert die Sauen

Erhöht die Fleischlust, ver-  
hindert Knochenweiche u.  
heilt solche in wenigen  
Tagen.  
Regelt die Verdauung,  
vertriest Wässer.  
Paquete 3.—, 6.—, 14.50, 25.—  
In Lübeck:  
Emil Kahn, Abier-Drog.  
Ferd. Kayser, Drogenhdt.  
Jul. Vogt, German-Dra.  
St. Jürgen-Drog., Ernst  
Jablowsky, Gürtlerstr.  
Allee. (8945)

In Schwartau:  
Kans Gramp, Drogerie.  
In Schlutup:  
Kreuz-Drogerie Meier.  
Thielbar.

**Karl Labritz, Hütchenstr. 16**  
Fett, Rindfleisch 7.4  
Fette Bratenfette 8.—  
Beefsteak, Kolln. 11.—  
Fett Schweinef. 20.—  
Baifett Dommeif. 12.—  
Frisches Gehäse 10.—  
Katz Lrd. geräuch. Speck  
Fett, maget, ohne Nippen

**J. J. P. P.**  
Am Markt 12  
Breite Straße 64  
Beste Reparatur für  
Koch- u. Maschinenwaren.  
Spezialhaus für Heften,  
Reifen und Reifen.  
Herren- u. Kinder-Hüte.  
Arbeiter- und Haus-  
Kleidung. (8915)

**Achtung, Arbeiter!**  
Sie sparen Geld!  
Ein großer Bestand  
Herren- u. Junglings-  
Kleidung, aufs Neu-  
geremigt u. repariert.  
Fertig großer Bestand  
**beste Arbeits-  
Schürzen!**  
mit neuen Schürzen und  
Abfänger, Paar von  
35 Mt. an. (8926)

**Wilh. Blanck,**  
Grabenstr. 17, pt.  
stilles Rindfleisch 19.—  
stilles Ochsenfleisch 11.—  
Kollfleisch u. Versäclet 12.—  
Dach u. Gulasch 10.—  
**Felix Peters,**  
Glacéstr. 43.  
Kollfleisch u. Versäclet 12.—  
Dach u. Gulasch 10.—  
**Fr. Füllentrost**  
**K. Kühn,**  
Schnitz. 93.



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 11. November.

### Wähler und Wählerinnen!

Die Wahl am kommenden Sonntag entscheidet über das Schicksal Lübecks für die nächsten drei Jahre. Von dem Wahlausfall hängt es ab, ob die alte bewährte Sozialdemokratie künftig maßgebenden Einfluß auf die Geschicke unserer Vaterstadt erlangt und für die Wohlfahrt des Volkes, besonders der unteren Volksschichten, wirken kann, oder ob der bürgerliche Mißmach die Mehrheit erlangen und jeden sozialen Fortschritt hemmen soll.

Die bürgerlichen Parteien, die bisher keine öffentliche Verammlung abgehalten und jede öffentliche Aussprache vermieden haben, bekämpfen aus dem Hinterhalt die Sozialdemokratie und bemühen sich in feberhafter Agitation von Haus zu Haus, von Mund zu Mund die Wähler für sich einzufangen und den letzten Mann aus ihrer Wählererschaft an die Wahlurne zu bringen.

Das muß jeden Genossen und jede Genossin anspornen, noch in letzter Stunde für die Sozialdemokratie einzutreten und überall dafür zu wirken, daß diese Partei die Mehrheit erlangt. Keine Stimme darf der Sozialdemokratie verloren gehen; die letzte Stimme muß herausgeholt werden. **Wahlrecht ist Wahlpflicht!** Das sollte jeder, besonders die Frauen beachten.

Die heutige **Teuerung**, die schwer auf die unteren Volksschichten lastet, ist vornehmlich durch die Gewinnucht weiterer Kreise des Bürgertums und der Kapitalisten verursacht. Solchen Leuten, die mitschuldig sind an dem ungeheuren Elend, kann niemand seine Stimme geben. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die von jeher mit aller Entschiedenheit die Auswucherung und Ausbeutung des Volkes bekämpft hat. Darum muß am 13. November jeder Wähler und jede Wählerin sozialdemokratisch wählen. Jeder muß seine Stimme der Liste **Gustav Ehlers** geben.

### Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senats und der Behörden

Der von der Bürgerschaft eingeleitete Ausschuss zur Beratung des Gesetzes über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senats und der Behörden hat seinen Bericht erstattet, dem wir folgendes entnehmen: Die Ueberschrift verheißt mehr, als das Gesetz geben will. Nach der Ueberschrift und nach dem ersten Absatz des Paragraphen 1 ist zu erwarten, daß im Gesetz die Frage geregelt wird, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder des Senats und der Behörden für den Schaden aus einer Pflichtverletzung dem Staat gegenüber ersatzpflichtig sind. Von dieser Auffassung ist auch die Verammlung der Bürgerschaft vom 20. Juni ausgegangen. Durch den Kommissar des Senats ist der Ausschuss darüber aufgeklärt, daß das Gesetz einen wesentlich anderen und eingeschränkten Inhalt besitzt. Das Gesetz hat überhaupt keinen vermögensrechtlichen Inhalt. Durch das Gesetz soll nicht die Frage entschieden werden, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder des Senats und der Behörden

schadensersatzpflichtig sind. Vielmehr soll durch das Gesetz nur die Geltendmachung eines etwaigen Schadensersatzanspruches des Staates geregelt werden, undschadet der Frage, ob überhaupt ein Schadensanspruch materiell zu Recht besteht. Mit diesem eingeschränkten Inhalt des Gesetzes hat sich der Ausschuss zunächst nicht zufrieden geben wollen. Praktisch handelt es sich hauptsächlich um die Frage, ob die Mitglieder des Senats und der Behörden schadensersatzpflichtig sind, wenn staatliche Gelder ausgegeben werden, die von der Bürgerschaft nicht bewilligt sind. Nach dem bürgerlichen Recht ist es zweifelhaft, ob für diesen Fall eine Schadensersatzpflicht besteht. Bleibt der jetzige Rechtszustand bestehen, so bleibt also die Hauptfrage offen. Nach näherer Prü-

## Sonntag ist Wahl!

Du darfst nicht nur wählen,  
Du mußt wählen!

Auf jede Stimme kommt es an. Soll die Sache der arbeitenden Bevölkerung, soll die sozialistische Mehrheit nicht unter dem Lügensturm der bürgerlichen Parteien zusammenbrechen, so heißt es Sonntag: Jede Stimme der **sozialdemokratischen Liste Gustav Ehlers**.

Merke: Du mußt am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, seit dem 12. August in Lübeck wohnen und in die Wählerliste eingetragen sein.

**Wahlzeit: von morgens 9 bis abends 6 Uhr.**  
Auf dem Landgebiet v. 12—4 Uhr.

fung ist aber der Ausschuss dem Senat gefolgt. Ausschlaggebend ist, daß die Zulässigkeit einer Regelung der materiellen Schadensersatzpflicht durch Landesgesetz zweifelhaft ist. Die Rechtslage ist folgende: Die Schadensersatzpflicht von Privatpersonen ist durch das bürgerliche Gesetzbuch abschließend geregelt. Der Landesgesetzgebung ist lediglich die Befugnis vorbehalten, die Schadensersatzpflicht der Beamten von sich aus zu regeln. Die Zulässigkeit der obigen Regelung durch Landesgesetz hängt also von der Frage ab, ob die Mitglieder des Senats und der Behörden im Sinne des bürgerlichen Vermögensrechtes Beamte oder Privatpersonen sind. Diese Frage ist aber äußerst streitig. Vom Senat ist angenommen, daß die Mitglieder des Senats und der Behörden im Sinne des Zivilrechtes keine Beamten sind.

Das Gesetz würde sich also auf einen unsicheren Rechtsboden geben, wenn es die materielle Seite der Schadensersatzpflicht regelt. Das ist nicht ratsam. Es ist vielmehr das richtige, die Klärung der Rechtslage den ordentlichen Gerichten zu überlassen und zunächst nur die Art der Geltendmachung des (etwaigen) Schadensersatzanspruches zu regeln. Ein mehr äußerlicher Punkt dürfte allerdings zu ändern sein. Das Mißverständnis, daß das Gesetz die materielle Seite der Haftpflicht regeln will, muß beseitigt werden. Zu diesem Zweck ist die Ueberschrift des Gesetzes zu ändern. Ferner ist der Paragraph 1 des Gesetzes zu ändern.

Stimmt man dem zu, daß nur die Geltendmachung der Ersatzpflicht im Gesetz zu regeln ist, so ist die Art der Regelung in der Senatsvorlage zu billigen. Zunächst war der Ausschuss auch in dieser Hinsicht zweifelhaft. Es wurde erzwungen, daß durch die Mitwirkung der Bürgerschaft ein parteipolitisches Moment in die Rechtsverfolgung hineingetragen wird. Ferner wurde erzwungen, ob ein ständiger Ausschuss einem Ausschuss ad hoc für den Zweck der Rechtsverfolgung vorzuziehen ist. Bei näherer Prüfung ist aber der Ausschuss dem Senat in jedem Punkte gefolgt.

Die Möglichkeit eines parteipolitischen Einflusses ist vorhanden. Inbessenen ist diese Möglichkeit eine unermessliche Folge der grundsätzlichen Regelung, daß der Bürgerschaft ein bestimmter Einfluß auf die Rechtsverfolgung eingeräumt wird. In der Richtigkeit dieses Grundgedankes hält der Ausschuss fest. Der jetzige Rechtszustand ist der, daß die Finanzbehörde in geheimer Sitzung über die Geltendmachung des Anspruches zu bestimmen hat. Diesem jetzigen Zustand gegenüber bedeutet die Uebertragung der Rechtsverfolgung auf einen gemeinschaftlichen Ausschuss von Senat und Bürgerschaft einen Fortschritt von solcher Bedeutung, daß die Möglichkeit einer parteipolitischen Einwirkung in Kauf zu nehmen ist. Ferner verdient die Einsetzung eines Ausschusses ad hoc den Vorzug vor der Einrichtung eines ständigen Ausschusses. Das folgt aus dem Umstand, daß die möglichen Fälle einer Ersatzpflicht vielfältig sind. Der Fall der Verwendung unbewilligter Gelder ist nicht der einzige Fall einer möglichen Haftpflicht. Als Verpflichtungsgrund kommt auch eine unzureichende Aufsicht in Frage. Auch sonstige Fälle der Ersatzpflicht sind möglich. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmäßig, die Prüfung vorerst einem nur für den Einzelfall eingeleiteten Ausschuss zu übertragen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Senatsvorlage mit nachstehenden Änderungen anzunehmen: 1. Ueberschrift soll lauten: „Gesetz über die Geltendmachung der vermögensrechtlichen Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senats und der Behörden.“ 2. Paragraph 1 soll aus einem Absatz bestehen und lauten: „Die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senats und der Behörden gegenüber dem Staat richtet sich nach den Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Rechts.“

### Mieterverein gegen Mietwucher.

Der Mieterschutzverein hielt am Donnerstag eine Versammlung ab, in der zunächst der Sekretär **Mauer mann** über die Gefahren, die unserem Volke drohen, wenn die Mietpreisbildung für gewerblich benutzte Räume dem „freien Spiel der Kräfte“ überantwortet wird, sprach. In einleitenden Worten wies er nach, daß ein wirklicher Wiederaufbau nur möglich ist, wenn alle Kreise sich bemüht werden, daß Sparamtskinn und Mäßigkeit beim Gewinnstreben ein Bollwerk zum Wohlstand führen. Die Mieter-schaft ist die einzige Organisation, die in den wirtschaftlichen Kämpfen zeigt, daß sie maßvoll und anspruchslos, nur dem Gemeinwohl dient. Sie fordert nur die notwendigsten Zustandshebungsarbeiten und trägt zu diesen noch öfters bei, sie teilt ihren Wohnraum mit Wohnungslosen und stellt jeden verfügbaren Raum der Allgemeinheit zur Verfügung. Sie hemmt aber zum Wohle des ganzen Volkes den Spekulationstrieb einer Minderheit und dient damit mehr dem Wiederaufbau, als wenn das freie Spiel der Kräfte einzelne reich machen würde. Die Bestrebungen, die Zwangswirtschaft zu beseitigen, muß die Mieter-

# Heute abend spricht Dr. Leber im Gewerkschaftshaus.

### Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

(Nachdruck verboten.)

Im Oktober 1860 begann in der Landeshauptstadt B. die Schlussverhandlung im Prozeß des Ziegelglügers Martin Holub und seines Weibes Barbara Holub.

Die Leute waren gegen Ende Juni desselben Jahres mit zwei Kindern, einem dreizehnjährigen Knaben und einem zehnjährigen Mädchen aus ihrer Ortschaft Soleschau am Fuße des Harz, einer der Höhen des Harzgebirges, im Pfarrdorf Kunowic eingetroffen. Gleich am ersten Tage hatte der Mann keinen Anstoß mit der Gutsverwaltung abgeköhlt, seinem Weib, seinem Jungen und einigen gedungenen Tagelöhnern ihre Aufgabe zugewiesen und sich dann zum Schnaps ins Wirtshaus begeben. Bei der Einrichtung blieb es während der drei Monate, welche die Familie in Kunowic zubrachte. Das Weib und Babel, der Junge, arbeiteten; der Mann hatte entweder einen Branntweinrausch oder war im Berriff, sich einen anzutrinken. Manchmal kam er zur gemeinschaftlichen Schlafkammer unter dem Dach des Schuppens gestaumelt, und am nächsten Tag erschien dann die Familie zerhäut und hinkend an der Lehmgrube. Die Tagelöhner, die nichts hören wollten von der auch ihnen zugemuteten Mühsamkeit unter die Hausordnung des Ziegelglügers, wurden durch andere ersetzt, die gleichfalls „kehr-um-die-Hand“ verschwunden waren. Zuletzt traf man auf der Arbeitsstätte nur noch die Frau und ihre Kinder. Sie groß, kräftig, deutliche Spuren ehemaliger Schönheit auf dem sonnenverbrannten Gesicht, der Bus plump und kurzhaflig, ein ungelester Bär, wie man ihn malt oder besser nicht malt. Das Mädchen nannte sich Milada und war ein feingliedriges, zierliches Geschöpf, aus dessen hellblauen Augen mehr Leben und Klugheit bligte als aus den dunkeln Babars und Babels zusammen. Die Kleine führte eine Art Kontrolle über die beiden und machte sich ihnen zugleich durch allerlei Handreichungen nützlich. Ohne das Kind würde auf der Ziegelstätte nie ein Wort gewechselt worden sein. Mutter und Sohn plagten sich vom grauenhaften Tag bis in die finstere Nacht rastlos, finster und stumm. Lang ging es so fort, und zum Kergernis der Frommen im Dorfe wurde nicht einmal an Sonn- und Feiertagen geseht. Der Anzug kam dem Pfarrer zu Ohren und demog ihn, Einsprache dagegen zu tun. Sie blieb unbeachtet. Infolgedessen begab sich der geistliche Herr am Nachmittage des Festes Maria Himmelfahrt selbst an Ort und Stelle und besah dem Weibe Holub, sofort von seiner den Feiertag entweihenden Beschäftigung abzulassen. Nun wollte das Unglück, daß Martin, der eben im Schuppen seinen jüngsten Rauch ausschloß, sehr zur Unzeit erachte, sich erhob und hinzutrat. Gewahr werden, wie Babel offenbar voll Zustimmung mit aufgespernter Mund und

hängenden Armen der priesterlichen Verwahrung lauschte, und hinterläß über ihn herfallen, war eins. Der Geistliche zögerte nicht, dem Knaben zu Hilfe zu eilen, entzog ihn auch der Mißhandlung des Vaters, lenkte aber dadurch dessen Zorn auf sich. Vor allen Zeugen, die das Geschrei Holubs herbeigeführt hatte, und deren Anzahl von Minute zu Minute wuchs, überschüttete ihn der Rasende mit Schimpfreden, sprang plötzlich auf ihn zu und hielt ihm die geballte Faust vors Gesicht. Der Pfarrer, keinen Augenblick außer Fassung gebracht, wandte angeekelt den Kopf und gab mit seinem abwehrend in der Rechten erhobenen Stod dem Trunkenbold einen letzten Stieß auf den Scheitel. Martin stieß ein Geschrei aus, warf sich nieder, krümmte sich wie ein Wurm und brüllte, er sei tot, martertot geschlagen durch den geistlichen Herrn. Im Anfang antwortete ihm ein allgemeines Hohngelächter, doch war keine Sache zu schlecht, um nicht wenigstens einige Verteidiger zu finden.

In der Schar der Neugierigen, die den am Boden Liegenden umdrängte, erhoben sich Stimmen zu seinen Gunsten, erfuhr Widerspruch und gaben ihn in einer Weise zurück, die gar bald Tätlichkeiten nachrief. Die Autorität des Pfarrers genügte gerade noch, um die Krachler zu zwingen, den Platz zu räumen. Sie zogen ins Wirtshaus und ließen dort den vom geistlichen Herrn Geschlagenen so lange hochleben, bis ein Trupp Bauernbrüder dem wütenden Treiben des Gemeindefind ein Ende zu machen suchte. Da kam es zu einer Prügelei, wie sie in Kunowic seit der letzten großen Hochzeit nicht mehr stattgefunden hatte. Die Orts-polizei gönnte dem Sturm voll Freiheit sich auszutoben, und hatte zum Lohn für diese mit Vorsicht gemischte Klugheit am nächsten Morgen das ganze Dorf auf ihrer Seite. Die allgemeine Meinung war, in der Sache gehe es nur einen Schuldigen — den Ziegelglüger, und man solle keine Umstände mit ihm machen. Zur Lösung des Affords verstand die Gutsverwaltung sich gern, Martin hätte ihn ohnedies unter keiner Bedingung einhalten können; so fleißig Weib und Kind auch waren, zu heren vermochten sie doch nicht. Holub wurde abgefertigt und entlassen. Von dem Gelde, das ihm außer den bereits erhobenen Vorkaufschüssen noch zukam, sah er keinen Kreuzer; darauf hatte der Wirt Beschlag gelegt.

Nach einem vergeblichen Versuch, sich sein vermeintliches Recht zu verschaffen, blieb dem Gesellen nichts übrig, als seiner Wege zu gehen. Der Versuch der Ziegelglüger fand statt. An der Spitze schritt das Oberhaupt der Familie in knapp anliegender ausgefränkter Leinwandhose, in zerflossener blauer Barchentjacke. Er hatte den durchlöchernten Hut schief aufgesetzt; sein rotes, betrunkenes Gesicht war gedunnen; seine Lippen stießen Klische hervor gegen den Pfaffen und die Pfaffenknechte, die ihn um seinen reddlichen Brotverwerb gebracht.

Ein paar Schritte hinter ihm kam die Frau. Sie hatte die Stirn verbunden und schrie sich selbst kaum schleppen zu können. Schleppte aber doch ein Wägelchen, in dem ihr Werkzeug und einiger Hausrat befand, und Milada in eine Decke eingewickelt

lag. Krank? Zerblüht? Man konnte das letztere wohl vermuten, denn vor der Abreise hatte Martin noch erschrecklich gegen die Seinen gewütet. Babel schloß den Zug. Mit beiden Armen gegen die Rückseite des Wagens gestemmt, schob er ihn kräftig vorwärts und half auch mit dem tief gekenteten Kopfe nach, so oft Leute des Weges kamen, die den Auswandernden ent weder mit einem Blick des Mitleids folgten, oder einen Trunf auf Holubs wilde Schimpfreden legten.

Einige Tage später, an einem frühmorgens grauen Septembermorgen, fand der Kirchendiener, als er, sich ins Pfarrhaus begebend, um dort die Kirchenschlüssel zu holen, an der Sakristei vorüberkam, die Tür nur angelehnt. Ganz erkant und erst nicht müssend, was er davon denken sollte, trat er ein, sah die Schranke offen, die Mehrgemänder auf den Boden gestreut und der gelassenen Worten beraubt. Er griff sich an den Kopf, schritt weiter in die Kirche, fand dort das Tabernakel erbrochen und leer.

Ein Zittern befiel ihn. „Diebe!“ rief er hervor. „Diebe!“ und er meinte, es fasse ihn einer am Genick und warte nicht, wie er aus der Kirche und über den Weg zur Pfarrei gekommen...

Der Pfarrer pflegte keine Tür nicht zu versperren. „Was sollen die Leute bei mir suchen?“ meinte er; so brauchte der Sakristan nur anzuklopfen. Er tat es... Schreck und Grauen! Im Flur lag die greise Maod des Pfarrers ausgestreckt, beknunngelos, voll Blut. Wie der scharfe Instanz durch die offene Tür über sie hinblüht, regt sie sich, karrt der Kirchendiener an und deutet mit einer schwachen, aber fürchtbar ausdrucksvollen Gebärde nach der Stube des geistlichen Herrn.

Der Sakristan, der dem Wahnwitz nahe ist, macht noch ein paar Schritte, schaut, höhnt — und fällt auf die Knie aus Entsetzen über das, was er sieht. —

Eine Viertelstunde später weih das ganze Dorf: der geistliche Herr ist heute nacht überfallen und offenbar im Kampf um die Kirchenschlüssel, ermordet worden, im schweren Kampf, das sieht man, darauf demüt alles hin.

Ueber den Urheher der gräßlichen Tat ist niemand im Zweifel. Auch wenn die Auslagen der Wache nicht wären, wüßte jeder: der Martin Holub hat's getan. In Soleschau wird jetzt auf ihn gefehndet. Er war vor kurzem da, hat seine Kinder beim Gemeindefinden in Kost gegeben und ist mit seinem Weibe wieder abgezogen.

Nach kaum einer Woche wurde das Paar in einer Diebesherberge an der Grenze erbeht. In demselben Moment, in dem Holub einen Teil der in Stücke gebrochenen Monstranz aus der Kirche von Kunowic an einen Haufkerer verhandeln wollte. Der Strolch konnte erst nach heftigen Widerstände festgenommen werden. Die Frau hatte sich mit kumpier Gleichgültigkeit in ihr Schicksal gefügt. Bald darauf traten beide in B. vor ihre Richter.

(Fortsetzung folgt.)



# Zur Bürgerschaftswahl.

Am Donnerstag abend fanden in den verschiedenen Stadtteilen 6 Wählerversammlungen statt, in denen die Bürgerschaftswahl auf der Tagesordnung stand. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Uns liegen folgende Berichte vor:

**Zu Neu-Dauerhof** sprach Genosse Schulz. Er verwies zunächst auf die Bedeutung der Wahl und zeigte, was besonders für die Arbeiterklasse auf dem Spiele steht, wenn der bürgerliche Kuddelmuddel die Mehrheit erlangen sollte. Die schönen Versprechungen, die dieser in Wahlkreisen und Flugblättern der Wählerliste machte, seien weiter nichts als Stimmenfang. Die Vergangenheit des ganzen bürgerlichen Kringels beweise, daß sie für die Rechte und für die Interessen der breiten Masse nie eingetreten sind. Der Referent ging dann auf die einzelnen Wahlvorschläge näher ein; geistlich besonders scharf den bürgerlichen Wismarsch und legte überzeugend dar, daß die Wähler und Wählerinnen nur ihre Stimme der Sozialdemokratie geben könnten. Genosse Schulz erntete lebhaften Beifall. In der Aussprache beteiligte sich der Kommunist Klann, der die bekannten allgemeinen kommunistischen Phrasen herunterleierte. Er fand mit seinen Ausführungen nicht den geringsten Anklang. Genosse Arnholdt widerlegte kurz die Tiraden des Maslauer Heilsapostels. In seinem Schlusswort fertigte der Referent unter wiederholter Zustimmung und lebhaftem Beifall Klann treffend ab. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf und war von Siegeszuversicht getragen.

**Im „Weißen Engel“** sprach an Stelle des erkrankten Genossen Haut Genosse Reich in einer gut besuchten Versammlung. Redner unterzog die Rede Behns, die dieser hinter verschlossenen Türen gehalten hat, einer vernichtenden Kritik. Die Freigabe, der Behn und Konjunktur ist grenzenlos. Nicht ein einziges Mal haben diese Herren ihren „Hausatenen“ in einer unserer Versammlungen prunken lassen. Die lächerliche Bevölkerung müsse diesen Leuten am 13. November eine deutliche Abgabe erteilen. An der Aussprache beteiligten sich Bloß die Kommunisten, die von den verschiedenen Stadtteilen nach dem „Weißen Engel“ eine kleine Schar ihrer Köpfe entsandt hatte. Trotzdem die Versammlung den Diskussionsrednern bloß eine Redezeit von 20 Minuten zubilligte, ließ die Versammlungsleitung den Redner der SPD. Maschelet 45 Minuten sprechen. Es war zwar eine

harte Geduldsprobe, aber die Zuhörer sollten sich doch einmal überzeugen, wie mirz und trübe es in den Köpfen der Kommunisten aussehe. Dem Referenten war es ein Leichtes, den Unfuss Maschelets zu widerlegen. Der Beifall, der dem Genossen Reich zuteil wurde, gibt die Gewähr, daß auch in diesem Stadtteil die Sozialdemokratie an der Spitze der Parteien marschieren wird.

Die Versammlung im „Friedrichshof“, Schwartzauer Allee, war leidlich gut besucht. Genosse Otto Friedrich legte eingehend und beweiskräftig die Notwendigkeit dar, am 13. November dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratische Mehrheit in der Bürgerschaft erhalten bleibt. Bürgerliche Gegner mußten sich in der Aussprache, die den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte, nicht zum Worte. Die Kommunisten hatten als Redner ihre Kandidatin, Frau Grewe, und Franzen in die Versammlung entsandt, die beide die hinreichend bekannte kommunistische Masche ablierten. Zwei parteigewöhnliche Diskussionsredner sowie dem Genossen Friedrich war es ein Leichtes, die kommunistischen Phrasendrescher die Sprache zu hauen. Begeistert pflichtete die Versammlung dem unter Referenten in seinem Schlusswort nochmals ganz besonders unterrichtlichen Mahnung bei, für den Sieg der Demokratie am 13. November zu wirken.

In der Friedrich-Kranz-Halle richtete Gen. Göhr einen letzten Appell an die Wähler. Scharf geißelte er die Freigabe der bürgerlichen Parteien, die nicht den Mut hätten, sich der Sozialdemokratie in öffentlichen Versammlungen zu stellen, weil ihr Gewissen schuldbehaftet sei. Mit den Feinden der Republik, mit den Schändlichen des verletzten Weltkrieges, sowie ihren Helfern, rechnete er gründlich ab. Göhr nahm sich dann die einzelnen Wahlkreise einzeln gründlich vor und zeigte den Wählern, was sie zu erwarten hätten, wenn sie wieder eine Wahlminderheiten gäben, oder gar eine andere Liste als die der Sozialdemokratie wählten. Mit einem begeistert aufgenommenen Appell am Sonntag nicht nur dafür zu sorgen, daß wieder dieselbe Anzahl von Sozialisten in die Bürgerschaft einzögen, sondern noch einige von den bürgerlichen Rückwärtlern und Parasiten vom Volksförderer mehr zu verdrängen, schloß der Redner. Die kommunistischen Heilapostel verprügelten auch hier wieder Seide zu Spinnen, fielen aber ziemlich ab. Die Stimmung war ausgezeichnet.

Wacht auf das schärfste bekämpfen. Im Augenblick will man die gewerblich genutzten Räume der freien Preisbildung überlassen. Herr Monnermann zeigte die ungeheuren Gefahren, die dadurch für den Gewerbetreibenden und den Mieter entstehen. Der Gewerbetreibende wird existenzlos, wenn er nicht eine 20-30-jährige Miete zahlen kann. Er wird sogar wohnungslos, wenn Wohnung und gewerblich genutzter Raum Gegenstand desselben Mietvertrages sind. Er wird durch Angebotskapitalistischer Leute zur freiwilligen Aufgabe seiner Räume veranlaßt, ohne andere Angebote zu haben. Der Mieter schuft wird schwer gefährdet, da durch die freie Preisbildung für gewerbliche Räume die Mietpreise von 1914 nicht mehr festgehalten werden kann. Das anlagestehende Kapital wird nach dem Häusermarkt zuwenden und es wird eine wilde Spekulation beginnen. Das Unternehmertum wird sich den nötigen Raum nicht durch Neubau erwerben, sondern durch Vermietung in vorhandenen Häusern, da dieses wirtschaftlicher ist. Der Verbraucher wird höhere Mietpreise zahlen müssen. Die Wohnungswirtschaft wird Schaden leiden, weil ihr ein 10prozentiger Anteil der Hausgentilmer am Mehrerlös der Miete für gewerbliche Räume verloren geht. Die Moral des Volkes wird weiter sinken. Spekulationstrieb und eifer werden das Volk ergreifen. Das „Ausmieten“ durch kapitalistische Kräfte wird Regel werden. Mittel und Wege werden gefunden, um die Steuer zu hinterziehen. Der Mieter wird immer nur das Objekt der Preisbildung sein, ohne den geringsten subjektiven Einfluß zu haben. Treu und Glauben werden unterzogen, und die Spekulation steigt über die ehrliche Arbeit. Die Versammlung nahm nach eingehender Aussprache die folgende Entschließung an:

Die am 10. November 1921 in den Zentralhallen versammelte Mieterliste Lübeds richtet an die Reichsregierung die folgende Eingabe: Sie fordert von der Reichsregierung die unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Sie hat mit äußerstem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß amtliche und halbamtliche Ausschüsse das Bestreben an den Tag legen, den Mieterschutz zu hebeln und dem sogenannten „freien Spiel der Kräfte“ den Weg zu ebnen. Die Mieterschutz weilt, daß es sich hier um eine Lebensfrage des deutschen Volkes handelt und sie fordert, daß die Reichsregierung nicht die Existenz von 90 Proz. der deutschen Volksgemeinschaft zum Wohle einer kleinen Minderheit in Frage stellt.

- Zur Sicherung ihres Wohnrechtes verlannt sie:
1. Unbedingte Erhaltung des Mieterschutzes — auch für gewerbliche Räume.
  2. Ein Reichsmietengesetz im volkstreundlichen Sinne.
  3. Die Regelung des Wohnungswesens auf genossenschaftlicher Basis.

Diesen Forderungen ist die Mieterschutzliste Lübeds fest entschlossen, den nötigen Nachdruck zu verleihen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, bei der am Sonntag stattfindenden Bürgerschaftswahl die Stimme der Partei zu geben, welche die Mieterinteressen am wirksamsten vertreten hat.

Umerkung der Redaktion: Das ist die sozialdemokratische Partei. — Liste Gustav Ehlers.

## Frau Annemarie!

In der Königsstraße wird der Wohlstand nach der bekannten Vogel-Strauß-Manier geführt: man deckt den Kopf in den Sand und schaut nur hin und wieder schüchtern empor, ob der Feind noch in der Nähe ist. Die ewige Furcht vor einem Angriff läßt kaum Zeit über, den alltäglichen Schweiß zu wehen. Aber etwas muß doch schließlich getan werden, um Put vorzutreiben und die reaktionäre Gefolgschaft zu ermuntern. Da die Mitarbeit der Behörde auch sehr zu wünschen übrig läßt, eigene Courage nach den blamablen Verleumdungsversuchen aber nicht vorhanden ist, nimmt man jede Hilfe dankbar und unüberlegt an, auch wenn diese Hilfe noch so — sagen wir einmal — ulkig ist. Denn anders kann die Umkehrung der Tatsachen von Annemarie Cartnack kaum benannt werden. Bedachte Dame ist Mitarbeiterin der Behörde und somit der „Lüb. Anz.“ gemordet. In dieser Angelegenheit gibt Frau Annemarie ihrer Partei folgende Obriegen:

Die beherrschende Zwangswirtschaft ersehnten wir hinweg, weil Wucherer und Schieber in den deutschen Handel vertrieben hatten und die Behörden nichts zur Beilegung desselben unternahmen. Von der Linksregierung, die goldene Perze verprieß und mit energiegelassen Worten Wandel schaffen wollte, erhoffte man schnelle Besserung aller Unbilligkeiten. Jetzt, nach drei Jahren, sind wir nicht nur diese Perze hinabgestürzt, nein, wir sind in den Summi geraten und finden darin täglich mehr unter, einem taglichen Ende entgegen. Die Lebensmittelpreise steigen ins Ungeheuerliche. Trotz der normalen Enten sind sie z. B. für Kartoffeln und Mühlenfabrikate den Preisen der Auslandswaren angepaßt. Für Milch wird 4 Wt. verlangt. Im Schlachthaus schlachtet man junge Kühe, die vor dem Kalben stehen, in Mengen ab. So soll die Milch wohl knapp werden! Die Behörde muß dieses alles wissen, schreiet aber nicht ein.

Beim Milch- und Zuckerhändler stehen die Frauen schon wieder Stunden lang, wie zu den damaligen Kriegsjahren. In den Schaufenstern stehen die Flaschen wachsalben dieselben, nur die täglich erhöhten Preise markieren. Inlandskäse gibt es sonnen Sorten und Mengen, daß man Häuser davon bauen könnte. Milch gibt es infolge dessen nicht!

Nicht allein das Ausland kauft uns aus, nein, wiederum sind Wucherer und Schieber ernst bei der Arbeit, die Läger zu leeren, um sie bei nächster Gelegenheit zu erhöhten Preisen wieder an den Mann zu bringen. Wer gedenkt unserer Kleinrentner und Frauen in den Stiften, wer der Verarmten, die von kleinem Einkommen leben müssen? Die Sozialdemokratie sammelt für Ausland, hier können diese alten Leute verhungern! Die Sozialdemokratie hat immer nur Worte, keine Taten. Nichts ist gescheit, auch nichts für den Arbeiter, der mit seinem guten Lohn auch nicht auskommen kann. Die Not für uns Frauen wird täglich größer. Menschlich haben die Frauen der Sozialdemokraten, wie deren Partei selbst zugestehet, schon bei der Reichstagswahl verlangt? Weil sie der „Latztraut“ ihrer führenden Männer schon damals kein Vertrauen schenken, und heute können sie dieses noch weniger.

So ganz ahnungslos ist Frau Annemarie nicht. Sie hat sich nur ein klein wenig in der Partei verlesen, der sie das Glend in die Schuhe schiebt. Würde sie außer dem Amtsblatt einmal eine sozialdemokratische Zeitung in die Hand genommen haben, dann müßte sie wissen, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die gegen die infamistische Wucherwirtschaft von Frau Annemarie und daß es die Behn und ihr Anhang sind, die freie Wirtschaft fordern, jede Rücksicht auf die Allgemeinheit beiseite schieben und in der grenzenlosen Gier nach Gewinn die Preise für alles und jedes in die Höhe treiben.

Die Partei der Behörde hat durch Untergrabung und Beilegung der Amanamwirtschaft der Behörde jede Möglichkeit genommen, gegen den Raub am Volksfürder vorzugehen. In der Behnpartei über die Lägerer und Großhandelsleute, über die Wucherer, Schieber und Wucherer. An diese Partei sind die Forderungen zu richten, diese Partei fordert gerade in ihren Wahlkreisen hemmungslose Profitwirtschaft.

Was das wissen die Lüb. Anzeigen auch. In ihrer grenzenlosen „Anschuld“ aber wollen sie von diesen Tatsachen nichts

wissen. Es ist ja leichter, die eigenen Sünden anderen zuzuschreiben.

Eine Frage an die Lüb. Anz. und ihre Mitarbeiterin: Sehen denn die Sozialdemokraten die Kartoffelpreise fest, vertrieben sie Milch, Butter, Vieh über die Grenze und lassen das eigene Volk darben? Treiben sie die Preise für alle Behnartikel in die Höhe oder sind ihre Anhänger es nicht im besonderen Maße, die unter diesem kapitalistischen Schachzug hauptsächlich leiden?

Schuld an all dem ist die Behnpartei. Viele wird, wenn es ihr je gelänge, zur Macht zu kommen, das Volk noch viel mehr schröpfen, denn das ist ihr Lebensprinzip!

Wer sich nicht selbst kassieren will, muß den Einheitsfrontlern, Bürgerbündlern und Hausgartnern am Sonntag einen Denkartel geben, an dem sie für lange Zeit genaug haben. Nicht die Behnpartei schafft bessere Existenzmöglichkeiten für die breite Masse der Bevölkerung, sondern deren Interesse wird nur durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels in Schutz genommen. Darum wählt die Liste Gustav Ehlers.

## Das Gemeindefind.

Wir bringen unsern Lesern und Freunden mit dem heute beginnenden Roman von Marie von Ebner-Eschenbach ein literarisch außerordentlich wertvolles Gab. Marie von Ebner-Eschenbach gilt als die größte deutsche Dichterin, ihr Roman „Das Gemeindefind“ als ihr bedeutendstes Werk. Eine hohe Seelengröße strahlt aus dem Schaffen der Eschenbach, die Liebe zur Menschheit offenbart sich durch großes soziales Verständnis. Von der ersten bis zur letzten Zeile wird der Leser über die Weserin gefesselt und an das Schicksal des Gemeindefindes geknüpft. Nach all den Widerwärtigkeiten des Lebens führt aber doch das unausrottbare Gute im Menschen zum Sieg und schafft Freude auch im Herzen des mitempfindenden Lesers. Wir haben, um unsern Freunden diese vorzügliche Lebensgeschichte bieten zu können, außerordentliche Aufwendungen gemacht. Die Rechnung ist für uns quitt, wenn wir die Erwartung entgegennehmen können, daß das Gemeindefind recht viele mitfühlende Seelen in unserm großen Leserkreis findet. Da Bücher heute teuer sind, empfiehlt es sich, den Roman täglich auszuschneiden und aufzubewahren, um ihn später noch einmal im Zusammenhange lesen zu können. Ebner-Eschenbachs Werke erscheinen im Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin.

## Unser Kartoffelhändler Stadelmann.

Von Theodor Thomas.

Wir haben seit 17 Jahren unsere Knollen immer von dem gleichen Händler bezogen. Ich weiß noch, wie wir zu ihm gekommen sind.

Meine Frau sagte: „Du, da steht ein Handwerksbursch draußen, sag doch mal nach, ich fürcht mich ja.“

Als ich an die Tür kam, fand ich Stadelmann, der mich anbettelte, daß meine Kartoffeln bei ihm zu kaufen.

„Sie kosten 2,90 Mark der Zentner; ich lasse sie für 2,60 Mark frei Keller und Amtsanf der höchsten, gegen Garantie bis in die Rufe.“

„Run, ich bestelle drei Zentner.“

„Was wollen Sie denn mit den paar Säden? Sie brauchen doch mindestens acht. Es ist wegen des Geldes? Ich, zahlen Sie, wie es Ihnen paßt. Gewiß, ich brauche jeden Groschen, aber Sie sind mir gut.“

Schon am Nachmittag kam er damit an. Ich ließ ihn noch, wie er mit seinem Hund norgelassen war, er die Erdäpfel so zart behandelte wie Eier, er im Keller erst die Rufe zurechtzubringen und dann alles plätschen herrichten, wie im Kaufhaus.

Jedes Jahr haben wir dann unangefordert, ob wir wollten oder nicht von ihm Kartoffeln erhalten. Schöne, blaue „Kornblumen“ und „Magnum bonum“, wie Kupstern, für drei Mark den Zentner.

Das änderte sich 1915. Da war Stadelmann reklamiert; er wurde „kriegswichtig“. Er kam nicht mehr ins Haus, aber er lieferte doch Kartoffeln, weil Sie ein guter Kunde waren.“

1916 hatte er ein Bündchen für Kriegshilfe. In unserer Stimmabgabe war bekannt, daß er nur noch von seinem Segen abgah, mit ihm Brotmarken, Schilberzeugnisse oder eine Gans brachte. Der Mann ließ sich keinen Schmutz aufsetzen, als ob da ein Reichs-Schulden ist, wo einst keine Strappeln das Auge ergötzen. 1917 kletterte er zum Transport von Kartoffeln zwei Kriegertruppen ein, da er nicht mehr nötig hatte, selbst zu schleppen. Er konnte das Unterpfand der Heimatfront, was jeder auch an kleinen Dingen schon leisten konnte. Mit seiner ehemaligen Kaufkraft brachte er ständige menschliche Beziehungen ab. Wenn er mich sah, grüßte er in die Seitenstraße ein. Er verlegte bloß noch in der Bars, er hatte eine Loge in der Oper. Ob man ihn Kartoffeln hätte gab oder nicht, er blieb herr. Im Lebensmittelpreis war er beherrschend. Kriegswichtig wurde er

tragedem nicht, die war ihm zu unsicher, aber „sein Haus“, das er erkand, zahlte er bar. Er trug jetzt eine Hornbrille. Sein Gesicht bekam einen napoleonischen Ausdruck, das sich 1918 noch um einige Nuancen verschärfte. Er nahm den armen Leuten die Kartoffelmarken ab und vertrieb die betreffenden Mengen an Hotels. Das brachte viel Geld, daß er die Erde „nebenan“ mitlaufen konnte. Nach der Revolution ging er unter die gerichtlichen Notarischen Schieber. Jetzt sorgte er vor allen Dingen, daß deutsche Kartoffeln nach Holland kamen. Dann führte er die gleichen Waggons wieder nach Deutschland ein — an der Kartoffelvaluta verdiente er soviel, daß er ein Privat- und Leikauto und Babytische Nullin-Affiken kaufen konnte. 1920 zog ins Land.

In dieser Zeit ging ich doch mal zu ihm. Wir waren ohne jede Kartoffel. Im Hausflur bei Stadelmann hing ein Schild:

„Die Kunden werden ersucht, sich auf Fluren und Gängen anständig zu benehmen.“

Er sah wie ein registrierter Fürst vor seinem Diplomatenschilderlich und rülpste. Wie ich beiseiden an unsere früheren Beziehungen anknüpfte, ging er sein Scheld darüber hinweg.

„Ja, die Revolution; sorgen Sie, daß der freie Handel kommt.“

„Ich verprieß es aus Angst, daß er mir keine Kartoffeln verkaufen konnte, aber ich bekam trotzdem nicht ein Pfund.“

„Run kam der freie Handel; alles atmete auf. Stadelmann grüßte wieder.“

„Jetzt können Sie wieder Kartoffeln haben, soviel Sie wollen“, erklärte er mir, „ja, ja, der freie Handel.“

Ich bestellte im September heben Zentner. Ich bekam sie nicht im September, nicht im Oktober, trotzdem er Kartoffeln im Keller hat. Vorgekern sagte er mir, am Montag könnte ich sieben Zentner bekommen, zu 115 Mark. Der Schuft — er hat sie für 65 Mark eingekauft.

Ich habe sie abbestellt, weil die Teuerungszulage dafür nicht reicht.

Aber ich habe einen Trost: Stadelmann hat die andere Erde auch noch gekauft. Ihm gehört jetzt die halbe Straßenfront, er ist gerichtlicher Sachverständiger geworden, sitzt in der Handelskammer, hat sein Mädchen in Berlin, braucht seinen Hund nicht zu schlagen, trotz der großen Steuer. Er wird auch nach der nächsten Weisener noch Wein trinken und nach und nach den ganzen Borsari aufkaufen.

Das ist der Lebenslauf eines unter, liehen Stadelmann. Wenn ich ihn sehe, muß ich an meinen schönen Hunger denken, an die Hebung der Moral und anderes mehr. Und dann freue ich mich über jeden Lärmen, weil ich die Stimmung habe, daß er noch einmal für Stadelmann zu gebrauchen ist. Hoffentlich wird er, wenn der Zentner Kartoffeln 200 Mark kostet,

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 14. November, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl bürgerlicher Mitglieder mehrerer Verwaltungsbehörden. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Erneuerungsarbeiten bei der Lübeder Straßenbahn. 2. Verpflegung der Mittel für die Milchküche. 3. Mittel für das Waisenhaus. 4. Aufhebung des Rat- und Bürgerausschusses, betreffend die Aufstellung eines Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmals. 5. Bebauungsplan für Travemünde. 6. Herrichtung einer Biologiekasse im Rathaus. 7. Verbesserungen auf dem Spielplatz Buniamshof. 8. Erlass eines Gesetzes über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senates und der Behörden. 9. Erlass eines fünften Nachtrages zum Lübedischen Gewerbegerichtsgesetz. 10. Verkauf eines Bauplatzes an der Moisinger Allee. 11. Verkauf von Baugelände an der Trendelburgstraße. 12. Erlass eines Gesetzes über die Erhebung eines Kammerbeitrages. 13. Dringlicher Antrag, betreffend die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten, der Senatsmitglieder und der Angestellten. 14. Zuschüsse zur Besoldung der Lehrkräfte der Privatschulen sowie des Museumsdirektors Dr. Heise und der Angestellten der Museen. 15. Erhöhung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger. 16. Unterstützung der Witwe des Lehrers Drege. 17. Erhöhung der Gewerbesteuer. 18. Wenderung der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel. 19. Forderung für erwerbsbeschränkte Kapitalrentner und Rentnempfangen sowie Gewährung von Unterstützungen an erwerbsfähige Blinden. 20. Gewährung einer Beihilfe an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübed. 21. Nachtrag zum Gesetz betreffend die Beseitigung der Körper verendeter Tiere und die Beseitigung von Tierteilen sowie Erstattung von Verlusten und Gewährung einer Entschädigung und eines Vorschusses an den Eigentümer der Tierkörperverwertungsfabrik. 22. Verstärkung der Mittel für die Behörde für das Feuerlöschwesen. 23. Rente an den Ziegeleiarbeiter Saul in Niederbüllau für einen Unfall im Dienste der Feuerwehr. 24. Nachbewilligung an die Ober-schulbehörde. 25. Verstärkung der Mittel für Ehrenausgaben des Senates. 26. Nachbewilligung an die Senatstanzlei für das Rechnungsjahr 1920. IV. Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Frage des Fortbestehens der Baugewerkschule und der Gewerkschaften.

Verstärkung der Mittel für Ehrenausgaben. Im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 sind für Ehrenausgaben 25000 Mark vorgesehen. Diese Summe hat zur Bekämpfung der Anforderungen nicht ausgereicht. Sie ist bereits um rund 32000 Mark



**Überfritten.** Die Ueberfretung ist einmal eine Folge der Entwertung des Geldes, die notwendig machte, die unermesslichen Ausgaben höher zu bemessen, andererseits eine Folge der erheblichen Aufwendungen, die der Empfang und die Bewirtung der Ehrengäste der Nordischen Woche verursacht hat. Am den während des laufenden Rechnungsjahres noch notwendig werdenden Ausgaben Rechnung tragen zu können, hält der Senat es für erforderlich, daß weitere Mittel bereitgestellt werden. Er stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft, daß die im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 eingestellten Mittel um 50 000 Mk. vergrößert werden.

**Verbesserung des Spielplatzes Buniamshof.** Die Baubehörde hat beantragt, daß zur Verbesserung des Spielplatzes Buniamshof 15 000 Mk. bewilligt werden. Der Senat hat diesem Antrage zugestimmt und stellt ihn zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft.

**Volkshochschule.** Das Wetter ist nicht nur der berühmte Gegenstand zur Anknüpfung eines Gesprächs; die letzten Jahre haben uns zur Genüge gezeigt, welche Bedeutung es für unser ganzes Leben hat. Daher auch das große Interesse, das sich überall für die Möglichkeit zeigt, das Wetter vorherzusagen; über diese vielumstrittene Kunst wird Herr Oberstudienrat Dr. Schwarz am Sonnabend um 8 Uhr im „Johanneum“ sprechen.

**pb. Festgenommen** wurde eine Artistin aus Schilling, die einem schwedischen Kapitän, mit dem sie zusammen gezecht, 160 schwedische Kronen gestohlen hatte. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Händlerhepaar aus Hensburg, das seitens der Staatsanwaltschaft in Rendsburg wegen Betruges stechbriefflich verfolgt wurde.

**ph. Wegen Mißfälligkeit** zur Anzeige gebracht wurde ein Landmann aus Söhren, Kreis Segeberg. Derselbe wird beschuldigt, daß er trotz der heute herrschenden hohen Milchpreise wiederholt Milch, die er an die Meierei in Gelsdorf, von wo sie an hiesige Händler geliefert wurde, mit Wasser verfälscht hatte. Eine hier vorgenommene chemische Untersuchung der verdächtigsten Milch ergab, daß diese erheblichen Wassergehalt enthalten hatte.

### Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

**Stadt-Theater.** Heute Freitag: „Siegfried“. Für den erkrankten Herrn List ist Herr Kammerjäger Schmieter vom Obernhaus Hannover als Gast gewonnen. Am Sonnabend Wiederholung der reizenden Operette: „Der liebe Augustin“. Für die „Mignon“-Aufführung am Sonntag ist die gefeierte Koloraturängerin vom Hamburger Stadttheater Frau Inge Thorsen gewonnen. Frau Thorsen wird die Ahtine singen.

**Sansa-Theater.** Als dritte Vorstellung im Freitag-Abonnement: „Der Vetter aus Dingsda“. Sonnabend: Wiederholung „Ihre Hoheit — die Tänzerin“ und Sonntag: „Der selige Balduin“. Für Sonntag nachmittags 3 Uhr ist zum letzten Male zu ganz kleinen Preisen (1—6 Mk.) „Der Froschkönig“ angelegt. — Zu Mittwoch, den 16. d. M. (Wustag) ist es der Direktion gelungen, das Hamburger Thalia-Theater zu einem Gastspiel zu gewinnen. Gegeben wird das Schauspiel „Johannfeuer“ von Sudermann.

**Schlutup. Revolutionsfeier.** Bei vollbestem Hause beging auch das Schlutup arbeitende Volk den 9. November im Lokale „Zur alten Post“ würdig. Der Arbeitergesangverein sang einige alte Lieder und der Geselle G. H. L. Lübeck hielt eine kernige Festrede. Er ging aus von der Freundschaft, die das gesamte deutsche Volk erfüllt, als die alten Verdienste und Tugenden mit ihrem alten und morischen Obriktelnschaft zusammenbrachen. Ist das Schicksal auch hart, so haben wir doch nicht zu kämpfen gelernt. Auf die höchsten Höhen hat uns die Hoffnung hinauf geführt und in die tiefsten Abgründe der Verzweiflung hinabgeschleudert. Die französische Revolution unter Robespierre, Danton und andere, die Bolschewikenschaft, sowie die Niederartatung an der Westküste sind gegenüber dem Weltkrieg Kindespiele gewesen, wo sich zivilisierte Völker in bestialischer Art und Weise auf das schrecklichste zerstückten. Er streifte die Märzrevolution von 1848 und hob hervor, daß bei früheren ferneren Kämpfen unsere Vorkämpfer Lassalle, Engels und Marx uns voranleuchten lassen im Herzen und im Geiste. Auch den 12. November vergah der Redner nicht und forderte alle anwesenden Frauen und Männer auf, am Sonntag ihre Pflicht zu tun. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie und die Republik schloß Redner seine Ausführungen. Die Musik spielte die Marzellaise.

### Angrenzende Gebiete.

**Schwarzwald-Konferenz.** Eine außerordentliche Parteiversammlung findet Sonnabend abend im Gasthaus „Randsaal“ statt. Sie wird sich mit den Wahlen zum Gemeinderat und Landesauschuß beschäftigen. Es ist unbedingte Pflicht aller Parteimitglieder, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

**Hamburg.** An Stelle des Dammarkes auf dem Heiligengefeld sollen auf dem Spielbudenplatz, am Millerntor, am Zeughausmarkt und in der Eimbüttelerstraße, Ecke Glacisstraße, sowie auf dem Neuen Pferdemarkt und eventl. auf weiteren Flächen, in beschränkter Anzahl Verkaufs- und Schau-buden aufgestellt werden dürfen. — Mikaläkte flucht ins Ausland. Als am Donnerstag morgen der Dampfer Argentina im hiesigen Hafen zur Abfahrt nach Argentinien bereitlag, erschienen die Beamten der Schiffsektion an Bord, um, wie üblich, eine Kontrolle der Reisenden vorzunehmen. Hierbei entdeckten sie unter den Passagieren auch den früheren Bankangestellten Emil Stangier, gegen den von Duisburg ein Haftbefehl vorlag. Er wird beschuldigt, im Bankhaus von Heine & Co. in D., wo er bis zum 1. Oktober angestellt war, außer einer goldenen Uhr 600 Dollar, 9000 Lire und 2000 holländische Gulden entwendet zu haben. Der junge Defraudant wurde verhaftet.

**Kiel.** Der Ausverkauf geht weiter. Die Ausländer legen ihre Streifzüge nach Kiel munter fort und schleppen trotz der Verordnung des Oberpräsidenten Waren in Mengen weg. Für die Dänen bedeutet eine Fahrt nach Kiel also ein glänzendes Geschäft, während die Not im Lande und die Preissteigerung dadurch noch größer werden. Ein Erfolg der neuerdings erlassenen gesetzlichen Bestimmungen scheint sich noch nicht geltend zu machen, sonst müßten die ausländischen Leichenräuber doch von deutschen Märkten endlich verschwinden.

**Odenburg.** Der oldenburgische Landtag wird am Donnerstag, dem 17. November, vormittags 11 1/2 Uhr, zu einer etwa dreitägigen Tagung zusammengetreten. Der Grund hierfür bieten die gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Für den Landtag wird es gelten, die geeigneten Mittel und Wege zu finden, um die mit der neuen Gebietsregulierung verbundenen Finanzprobleme zu lösen, ferner dürfte auch die gegenwärtige Ernährungslage, vor allem der Kartoffelwucher zur Debatte stehen.

### Aus der Partei.

**Sylvesters Dichtblade.** Nach dem qualvollen Tode des großen Dichtblades sah sich die von Moskau eingesetzte Tifliser Delegation, den Altmeister und Begründer der georgianischen Sozialdemokratie, Sylvesters Dichtblade, aus der Part zu

entlassen. Schwer krank wurde der Greis aus dem Gefängnis nach seinem Heim, das unterdessen ausgeplündert war, gebracht. Sein Zustand war fast hoffnungslos, und ob er heute noch am Leben ist, ist mehr als zweifelhaft. — Der „alte Solna“, wie ihn die Arbeiter nennen, ist ein Greis mit schneeweißem Haar, mit einem Mopsesicht wie aus Marmor gemeißelt, aber mit den blühenden Augen eines Jünglings. Er besuchte in Tiflis alle größeren Arbeiterversammlungen und fühlte sich dort wie ein Vater, umringt von seinen Kindern. Darum auch kam er gleich auf die halschmerzliche Proskriptionsliste und war einer der ersten, die ins Gefängnis geworfen wurden. Von 1888 bis 1917 hat Dichtblade in manchen Gefängnissen kennen gelernt und verließ es Gefängnis nicht, als er nachts aus seiner Wohnung geholt wurde. Bitter war nur der Gedanke, daß die Proskriptionsliste von Renegaten aufgestellt wurde, die einst — seine Schüler waren... Sie kamen aus Moskau zusammen mit den russischen Truppen und übernahmen von den Okkupationsbehörden eine Funktion, in der sie höchste „Kompetenz“ besaßen; die Ausrottung aller bedeutenden Kräfte der Sozialdemokratischen Partei. Unter diesen Renegaten waren manche, die er und Hoc Jordania aus dem Staube, aus dem Strohschmutz geholt und zu Menschen gemacht hatte. Sie hatten jetzt den Heberten den Weg zu ihm gezeigt... Was der Greis in den fünf Monaten seiner Gefängnishaft zu erdulden hatte, übertraf alles Grauen der alten zaristischen Katorgaschergenossen von Orel und erinnerte an die Schicksale der Horthörigen Kollaboranten in Ungarn. — Und als die Moskauer Meuten den Schmerzkronen aus dem Gefängnis tronen ließen, gefühl es nur, weil die Gefängnisärzte ihnen die Versicherung abgaben, daß er im Sterben liegt.

### Gewerkschaften.

Aus der Gewerkschaftsinternationale.

In seiner letzten Sitzung, die in Genf stattfand, gab der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Gesamtheit seine Zustimmung zu den vom Bureau in der Angelegenheit der russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen. Zwischen einem der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Vertreter des Russischen Roten Kreuzes kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gebühre dafür bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfange den Leidenden des Russlands zugute kommen werden. Es wurde beschlossen, in Russland Kinderheime zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird in Petersburg ein spezielles Bureau der Internationale errichtet, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Russland geleitet werden wird. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quantum von Medikamenten im Werte von mehr als 60 000 holländischen Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation („American Federation of Labor“), die sich bisher, obgleich sie seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit, auch weiterhin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde beauftragt, sich nochmals an die „American Federation of Labor“ zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen. Mit Bezug auf das von der „American Federation of Labor“ an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Bureau und der drei genannten Landeszentralen und in Uebereinstimmung mit ihnen, dieser Einladung nicht Folge zu leisten. Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Die vom Bureau getroffenen Maßnahmen für die zum 15. November in Amsterdam einberufene internationale Konferenz des Bureau des Gewerkschaftsinternationale mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, der Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beratung der Abrüstungsfrage fanden einstimmige Billigung.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß wird am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein besonderer Internationaler Kongreß von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden internationalen Berufssekretariate anschließen.

Aus Anlaß der Beurteilung der Arbeiter Sacco und Vanzetti in Nordamerika wurde an die „American Federation of Labor“ ein Telegramm geschickt, in dem diese ersucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

Zum Betriebsrätekongreß der Metallindustrie teilt der Hauptvorstand des IFA-Bundes mit, daß sich der Vorstand des IFA-Bundes mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes über den in Leipzig stattfindenden Metallbetriebsrätekongreß inzwischen verständigt hat. Danach werden die in der Metallindustrie vertretenen IFA-Verbände Betriebsräte als Gäste mit beratender Stimme zu dem Kongreß entsenden. Die noch ausstehende endgültige Regelung bestimmter Organisationsfragen für die Betriebsrätekongresse darf auf keinen Fall dazu führen, etwa die innige Zusammenarbeit der Angestellten und Arbeiter und ihrer beiderseitigen Betriebsräte in der Metallindustrie irgendwie zu beeinträchtigen. Der IFA-Vorstand hat auch für die Teilnahme an dem Kongreß den Verteilungsplan für die Delegierten mit den einzelnen Zentralvorständen derartig getroffen, daß der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Deutsche Wertmeisterverband eine Vertretung erhalten, die jedem dieser Verbände einen Delegierten aus der Berliner Metallindustrie sichert.

Die Arbeiterfeindschaft des Pommerischen Landbundes. Die „Pommerische Tagespost“ in Stettin und ihr die Presse des Reichslandbundes berichtet, daß die Arbeitgebergruppe des Pommerischen Landbundes, Kreisgruppe Kolberg-Roslin, den Freiarbeitern ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit eine tägliche Zulage von 4 Pfund Roggen bewilligt habe. Die Nachricht ist eine größte Ironie der Deffektivität. Genaue Untersuchungen haben ergeben, daß die Arbeitgeber im Kreise Kolberg-Roslin im Höchstfalle den tariflich vereinbarten Lohn zahlen und jede Sondervergütung darüber hinaus grundsätzlich

ablehnen. Im Einzelfalle wurde den Landarbeitern angeboten, den Tarif des Landbundes anzuerkennen; wenn das geschehe, dann würde ihnen die Bewilligung der Sonderzulage von 4 Pf. Roggen den Tag in Aussicht gestellt. Einflüchtige Arbeitgeber anerkennen, daß der Tariflohn der Freiarbeiter in Höhe von 15 Mk. für den Tag unbedingt zu niedrig ist. Sie erklären aber, nicht mehr zahlen zu dürfen. So liegt die Arbeiterfeindschaft der Arbeitgebergruppe des Pommerischen Landbundes aus.

Die Technische Hochschule als Strafkammer? Die sächsische Kreisblattpreise veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Landwirtschaft aufzufordern werden, sich zu messen, die Messer und die Hühner zu technischen Mitteln auszubilden wollen. Hinter dem Aufruf steht der sächsische Landeslandwirtschaftsrat. Er ist der ruhende Pol in der Entwicklung der Landwirtschaft. Unter der Führung des bekannten Herrn Mehnert ist er auch politisch noch der Clou der Reaktion im Freistaat Sachsen und wird es bleiben bis zu seiner nächsten Umgestaltung nach demokratischen Grundbächen. — Die Landwirtschaftlichen Verbände haben immer durch die Organisation ausgeführt. Messen und Hühner ist von der Gewerkschaft als Notstandsmaßnahme anerkannt und bemerkt worden. Es entfällt jeder Grund für die genannte Ausbildung. Wenn mit der Ausbildung der Interessen der Landwirtschaft gedient werden soll, würde das Gegenteil eintreten. Die Erzieher der Landwirtschaft wird abgemindert, wenn fremde Personen das Vieh messen. Den Interessen der Landwirtschaft würde damit nicht gedient, höchstens den Landwirten, die hoffen, durch die Hühner einen Streik der Landarbeiter wirkungslos zu machen. Das allein ist der Zweck der Hebung.

Der Achtstundentag im Ausland. Das ganze mühsam erungene System des Achtstundentages, ob durch Gesetz und Verordnung oder aber durch Kollektivvertrag gesichert, kommt infolge der Umtriebe der Arbeitgeber und Regierungen ins Wanken. Als hat allen Ländern liegen Berichte über einen Anarchismus gegen den Achtstundentag vor. In Schweden überlo wie in Island dürfen z. B. die Eisenbahner nicht mehr die Wochenstunden des Achtstundentages genießen. In Italien wurden durch Gesetz vier von den sechs Wochenstunden Konventionen ratifiziert, nur die Konvention betr. Abstinenz und die Altersgrenze der Kinder zu gemäßigten Arbeiten sind von diesem Gesetz nicht erfasst. Mit der Krone der Arbeitzeit befaßt sich ein besonderes, der Kammer vorgelegtes Gesetz. In Belgien ist das Gesetz über den Achtstundentag erst am 1. Oktober ins Leben getreten, und schon ist der Feldzug gegen ihn in vollem Gange. Parallel mit der Bewegung zur Abschaffung des Gesetzes gehen die Bestrebungen, das Gesetz in einer Weise umzubiegen, daß die dort gewährten Möglichkeiten zur zeitweiligen Aufhebung des Achtstundentages zur Regel werden sollen. Auch eine andere wichtige Frage ist bezüglich der Anwendung des Gesetzes über den Achtstundentag gegen die Interessen der Arbeiterschaft entschieden worden. Das belgische Gesetz fordert, daß die Löhne infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden dürfen. Diese Maßnahme entrichtet den Empfindungen der Arbeitgeberkonferenz. Jetzt steht eine amtliche Auslegung dieser Verfügung vor, wonach die Lohnherabsetzungen fast immer so herabgesetzt werden, als seien sie Folgen der wirtschaftlichen Lage und nicht des Achtstundentages. Die Stundenlöhne hätten nach Ansicht des Gesetzes folgerichtig erhöht werden sollen. Jetzt wird das Gesetz so ausgelegt, daß, wenn ebendies eine ganze Arbeitszeit zur Erledigung dringender Bestimmungen eingeführt war, der Stundenlohn so anzusetzen sei, als ob in einem Teil des Tages Mehrstunden geleistet worden wären, und man ihn dennoch bei Bemessung des neuen Stundenlohnes auf einen niedrigeren Betrag zurückzuführen könne. Und so weiter! Die organisierte Arbeiterschaft ist genötigt, ihre besten Kräfte für den Kampf um die Aufrechterhaltung eines schwer erworbenen Rechtes einzusetzen.

### Allerlei Wissenwertes.

#### Wandernde Kontinente.

Wer auf der Erdkarte die gegenüberliegenden Küstenlinien von Südamerika und Afrika vergleicht, dem muß der völlig gleiche Verlauf dieser Linien auffallen. Diese Betrachtung hat den Ausgangspunkt für eine neue Auffassung über die Natur unserer Erde gebildet, die Prof. Alfred Wegener in einem vielbeachteten wissenschaftlichen Werk vorgetragen hat und nunmehr in einem Aufsatze von „Reclams Universal“ für einen größeren Kreis behandelt. Nach dieser Auffassung schwimmen die zum Teil aus Gneis und Granit bestehenden Kontinentalblöcke in einem zähflüssigen, nur oberflächlich erstarrten, etwas schwereren Tiefenmaterial von basaltartiger Zusammensetzung, das in den Tiefseeböden zutage tritt. Diese Kontinente zogen nur etwa 5 Kilometer über die Oberfläche hervor, sind aber 50—200 Kilometer tief hinab gesenkt, verhalten sich also ähnlich wie ein Eisberg im Wasser, von dem auch nur ein kleiner Teil aufragt. So wie sich die Haut in einem Milchtopf durch Schütteln zusammenfaltet und einen immer kleineren Teil der Milchoberfläche bedeckt, so hat sich auch die äußerste Gesteinshaut der Erde im Laufe der Erdgeschichte immer mehr zusammengefaltet und bedeckt jetzt in Gestalt der Kontinente nur noch ein Drittel der gesamten Erdoberfläche. Sie hat sich bei diesem Prozeß noch immer weiter geteilt, und das Ergebnis dieser Teilungen sind die heutigen Kontinente sowie die großen und kleinen Inseln, die durch Tiefsee getrennt sind. Das Umwälzende an der neuen Lehre besteht darin, daß diese einzelnen Schollen sich in horizontaler Richtung weit verschoben haben sollen, und zwar besonders in den letzten geologischen Zeiten, im Tertiär und Quartär. So wird z. B. der ganze Atlantik von Spitzbergen bis zum Feuerland als eine einzige, riesig erweiterte Spalte aufgefaßt, die erst im Laufe dieser verhältnismäßig jungen Zeiten sich öffnete, indem die beiden Amerika sich immer weiter nach Westen fortbewegten. In ihrem Vorderrand wurde dabei durch den Widerstand des alten Tiefseebodens das riesige Andengebirge aufgefaßt. In älteren Zeiten lagen auch die Antarktis, Australien und Vorderindien dicht um Südafrika gruppiert und bildeten mit diesem eine zusammenhängende Scholle, deren allmähliche Aufspaltung erst zur Absonderung der einzelnen Kontinente führte. Vorderindien berührte mit seiner Westküste Madagaskar, mit seiner Ostküste Australien und war mit Asien durch eine lange Halbinsel verbunden. Während sich Australien schon früher abspaltete, zerfiel im Tertiär der Zusammenhang Vorderindiens mit Madagaskar, und nun wurde das lange Verbindungsglied mit Asien nach Nordosten zusammengebrochen, so daß sich an seiner Wurzel die kalten Jüge des höchsten Gebirges der Erde, des Himalaja, ausbreiteten und Vorderindien bis zu seinem heutigen Platz vordrang. „Es ist erstaunlich“, sagt Prof. Wegener, „wie das Kartenbild der Erdoberfläche durch diese neuen Vorstellungen Leben gewinnt. Die Weltwanderung Amerikas kann man unmittelbar an dem Zurückbleiben der Schmalen, Antillenketten erkennen und ebenso an dem Südatlantik, der Feuerland und die Westantarktis quer über die Drakestraße hinweg verbindet. Hier war die schmalste Verbindung zwischen den beiden Kontinenten, und gerade hier sind sie voneinander gerissen, und einige abgelöste Gesteinsblöcke sind festsitzen geblieben, während die Hauptmassen nach Westen weiterzogen. Auch die bisher so rätselhaften Inselgruppen Ostasiens werden uns jetzt verständlich als sich abblühende Randfetzen bei der allgemeinen Weltwanderung der Kontinente. Neuseeland war früher ebensolche, Australien vorgelagerte Girkunde, die sich aber völlig ablöste und festsitzen blieb, während die Hauptmasse nach Nordwesten weiterwanderte.“ Durch diese neue Auffassung lassen sich ebenso verschiedene bisher unklarere geographische Gesetze wie erdmagnetische Beobachtungen erklären. Auch für die Biologen und Geologen werden die Rätsel der heutigen Tier- und Pflanzenwelt sowie der Gesteinslagerungen gelöst. Der erste



erliche Nachweis für dieses Wandern der Kontinente wurde durch die Ergebnisse der Danmark-Expedition erbracht. Die Abstandsänderungen der sich verändernden Kontinente lassen sich nämlich im Laufe einiger Jahrzehnte messen. Es ergab sich nun, daß der Abstand Grönlands von Nordamerika zur Zeit dieser Expedition (1907) um 1190 Meter größer geworden war als zur Zeit der zweiten deutschen Nordpol-Expedition (1870) und um 1611 Meter größer als zur Zeit Sabines (1823). Nach dieser Bestimmung der Verschiebung der Kontinente werden sich auch an anderen Stellen die Abstandsänderungen der Kontinentalplatten messen lassen.

Eine neue Berechnung der Bevölkerung der Erde. Wer sich etwas genauer mit der Bevölkerungsstatistik fremder Länder beschäftigt hat, weiß, auf wie höherem Grade die meisten Einwohnerzahlen ruhen. Nicht nur für große Teile Afrikas, Indiens, Asiens, Australiens und für mehrere Staaten Südamerikas, deren letzte Volkszählungen im Jahrzehnte zurückliegen, ist man auf Schätzungen angewiesen. Durch den Krieg und seine Folgen, durch die Abwanderung vieler Staaten mit teilweise noch schwachen Grenzen, durch die großen Kriegsverluste, sind auch für große Teile Europas und Asiens (Sibirien, Vorderasien) die Ergebnisse der letzten Volkszählungen vielfach ausser Acht und erst a. T. ersetzt, so daß auch hier Schätzungen Platz greifen müssen. Trotzdem ist jeder ernstliche Versuch zu machen, über die gegenwärtige Gesamtzahl der Menschheit eine Vorstellung auf die einzelnen Staaten hin zu gewinnen. Eine neue solche Weltkarte, die die Bevölkerung der Erde zeigt, ist im „Weltatlas“ von 1912 erschienen. In Europa, 570 in Asien, 129 in Afrika, 212 in Amerika und 83 in Australien und Ozeanien wohnen. Die volkreichsten Staaten sind China mit 390 Millionen, Indien mit 316, England (ohne die irischen Teile) mit 41 und die Vereinigten Staaten mit 107 Millionen. Nur eine der drei „Weltmächte“, nämlich die Union, hat also in ihrem Gesamtlande über 100 Millionen Einwohner, während England nur 45,5, Frankreich 44,4 Millionen, Japan mit Inhaberkörnern 77 Millionen Einwohner hat. Frankreich, das ebenfalls gern als Weltmacht gelten möchte ohne doch mehr als „Großmacht“ zu sein, hat ohne sein für ganz von Nachbarn kontrolliertes Kolonialreich nur 41,5 Millionen Staatsangehörige gegenüber 61 Millionen Deutschen. Die nächste Bevölkerung unter den großen Staaten hat England mit 44, Deutschland mit 38 und Italien mit 32 Millionen. In den Vereinigten Staaten ist die Bevölkerung dagegen erst 11,6 Millionen.

Die europäischen Weltmächte sind nach den neuesten erreichbaren Zählungen der Einwohner (zum Teil von 1910 und 1920) folgende: In Deutschland Berlin mit 1.922.500 Einw., in Frankreich Paris mit 2.888.116 in Großbritannien London mit 4.521.685 (als Weltbevölkerung von 7.351.357), in Österreich Wien mit 1.842.000, in Russland (einschließlich nach der Zählung von 1912, deren Ergebnis sich durch die Ereignisse der letzten Jahre, Kriegen

Veränderungen und Störungen, vielfach gekürzt) St. Petersburg mit 2.318.645 und Moskau mit 1.817.100 Einwohnern. Ihnen kommen in diesen Ländern am nächsten, nämlich mit 500.000 bis 1 Million, in Deutschland 6 Städte (Hamburg, Köln, Aachen, München, Leipzig, Dresden, Breslau), in Dänemark nur Kopenhagen, in Frankreich 2 (Marseille und Lyon), in Großbritannien auch nur 4 (Birmingham, Glasgow, Liverpool, Manchester), in Italien 3 (Neapel, Mailand, Rom), in den Niederlanden 2 (Amsterdam, Rotterdam), in Polen nur Warschau, in Russland auch nur 2 (Odessa, Kiew), in Spanien 2 (Madrid, Barcelona), in der Türkei Konstantinopel und in Ungarn Budapest. Alle anderen europäischen Staaten haben keine einzige Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern. So hat also das so scheinbar verkleinerte Deutsche Reich von allen noch immer die meisten Großstädte. Diese wichtigen und interessanten Zusammenstellungen finden sich in einer übersichtlichen Tabelle zum Artikel Europa im ersten Bande des neuen Brockhaus, wo die Zusammenstellung solcher Angaben sogar bis herab auf alle Großstädte von 100.000 und mehr Einwohnern durchgeführt ist.

### Neue Bücher.

Ernst Shackleton, Im letzten Erdteil. (Band 13 der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.) 160 Seiten mit 22 Abbildungen und 2 Anz. Brockhaus, Leipzig, 1922. Gebunden 12 Mk. Der Abenteuer des ewigen Eises fesselt alle großen Polarforscher. Man braucht nur an Nansen, Amundsen, Kapitän Scott und nicht zuletzt an Sir Ernest Shackleton zu erinnern. Shackleton ist jetzt zum vierten Male auf der Reise in die eisigen Gefilde um den Südpol begriffen. Dreimal haben ihn die Elemente um das Glück betrogen, das Ziel ganz zu erreichen. Ungeordnetlich spannend ist seine Schilderung in seinem letzten erschienenen Werke „Im letzten Erdteil“ (geb. 12 Mk.), das Band 13 der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“ (Leipzig, Brockhaus) bildet. Mit einer kleinen erlesenen Mannschaft zog Shackleton im Neujahrstage 1908 von Neuseeland hinaus auf dem fürmerprobten Schiff „Nimrod“, um wohl vorbereitet den weiten Weg von der Küste bis zum Südpol zu Fuß zurückzulegen. In der Winterhütte bei Kap Kings war eine lustige Gesellschaft beisammen, die sich durch Nacht und Sturm den Hamor und den Latendrang nicht rauben ließ und sich durch verschiedene kleinere Unternehmungen darauf vorbereitete, die Siegespalme zu erringen. So wurde der über 4000 Meter hohe tätige Vulkan Erebus erklettert, dessen mächtiger, von erstickendem Schwefeldampf erfüllter Krater einen gewaltigen Eindruck machte. Mit drei Getreuen und einer Anzahl sibirischer Ponys, die die Schritten steuern sollten, nahm Shackleton Abschied von den Kameraden und voll unbegreiflicher Energie bahnte er sich den Weg über ein mörderisches Spaltengewirr hinauf auf die über 3000 Meter über dem Meer sich erhebende Höhe, auf der der Südpol liegt. Aber die Schwierigkeiten waren so fürchterlich, daß die festgesetzte Zeit

erschaffen werden mußte und, trotzdem die Ponys für die Ernährung getötet wurden, der Hunger sich unerbittlich fühlbar machte. Behutsam mußte Shackleton nach dem Verlust aller Hilfsmittel knapp 200 Kilometer vor dem Pol umkehren. Die Heimkehr war noch schwieriger, und fast hätten die Forscher ein weiteres volles Jahr die Schreden des letzten Erdteils durchkosten müssen, wenn nicht ein glücklicher Zufall das rettende Schiff in der Nähe des glücklich erreichten Winterquartiers länger festgehalten hätte. Das Buch ist reich mit Bildern nach ausgezeichneten Photographien und mit zwei guten Karten ausgestattet. Es vermag jung und alt zu fesseln, weil die vielen abenteuerlichen Ergebnisse lebenswahr geschildert sind.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur. 1922. Heft Nr. 2. Inhalt: M und Mensch, Jesus und die Theologen, Jung sein! Kirche und Selbstmord, Die Schule des Volkes. Das Abonnement auf die Hefte Nr. 7 bis 9 kostet 3,75 Mk. und 60 Pfg. Porto.

Zur Produktionsschule. Bücher sind heute sehr teuer. Wenn trotzdem in dieser Zeit ein Buch in kurzer Zeit in zweiter Auflage herauskommen kann, so ist das der beste Beweis dafür, daß es einem Zeitbedürfnis entspricht. Zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart und erst recht der Zukunft gehört die: Wie muß unsere Schule gestaltet werden, wenn sie den „neuen Menschen“ heranzubilden soll? Daß die alte Schule verbesserungsbedürftig ist, darin sind sich heute Schulmänner und Laien einig. Während aber die Mehrzahl der Schulverbesserungsvorschläge nur Flickwerk bedeuten, suchen die entscheidenden Schulreformer wirklich neue Wege. Auf ihrem Weg zur „neuen Schule“ liegt die „Produktionsschule“. Die fünfjährigen Schulleute lehnen sie ab. Kein Wunder, sie sind auf die Produktionsschule nicht vorbereitet und wollen sich so grundlegend, wie es die Produktionsschule fordert, nicht umstellen. Sie machen nur kleine Konzessionen. Der Produktionsschulgebäude wächst ja aus den Ideen von Karl Marx hervor. Wer Eingeweihteres über diese wichtige Kapitel der neuen Erziehung erfahren will, lese das heftige in zweiter vermehrter Auflage erschienene von Professor Paul Destré herausgegebene Buchlein: „Zur Produktionsschule“ (Entschiebene Schulreform III). Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, Lindenstr. 114.

## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

### Bekanntmachung.

Nachdem der Senat beschloffen hat, den Ruhegehaltsempfängern auf die durch die bevorstehende Aufhebung ihrer Bezüge zu erwartende Nachzahlung einen Voranschlag von 1000 und den Beamtenhinterbliebenen einen solchen von 2000 unter dem Vorbehalt weiterer Bestimmung über den durch die Nachzahlung eines nicht gedeckten Voranschlags zu gewähren, werden die Empfänger berechtigten aufzufordern, die ihnen hiernach unter Führung des gesetzlichen Ervertrages stehenden Beträge

von Sonnabend, dem 12. d. M. ab an der Stadtkasse, Neichsauerstraße 18 entgegenzunehmen. Soweit die letztgenannten Zahlungen jedoch durch die Bank erfolgen, werden auch die oben genannten Beträge den Empfängern auf diesem Wege zugewandt.  
Lübeck, den 10. November 1921. (5941)  
Die Beamtenkommission des Senats.  
A. B.: Geise, Dr.

Deutscher Metallarb.-Vorband  
Verwaltungsstelle Lübeck.  
Am Mittwoch, d. 10. Novbr. verstarb unsere langjährig erkrankte  
Mutter Kassow.  
Bea, M. 3.  
Ihre werten Ainderten!  
Die Beerdigung erfolgt am Montag, dem 14. November nachm. 1½ Uhr von der Kapelle des Vorderer Friedhofes.  
Die Ortsverwaltung.

Junger wchl. Hund z. v. 8222) Luquitenstr. 15 a. l.



Perkel u. Jugender und moran v 4-6 Uhr z. vert. (5956) Moiskling, 3. alten Post.  
Franz Perkel (Lehrer) Verkauf. Strampers Markt. Schwartau. (5954)  
Braunung gefunden b. Goh. u. Klump Schütur (5951) Bössow.  
Zd. Wählstr. 15. II.  
Empfehle mich zum Erorten von sämtlichen Kornarten. (5955) A. Hoffmann. Telstr. 46. Wallhalbinsel 11/13. Telefon 801.

Erstklassige Herren-Gamaschen alle Farben u. Größen soweit Vorrat  
44<sup>00</sup> M.  
Dargel Bie Holstenstr. 16.  
Zum Sonntag empfehle Süßter. dan. Gonda. dan. Süßter. Garzer Teilmach u. Hermann Boldt. Rasehülle in der Markthalle. 1 Stand links. (5927)

Empfehle mich Herren- und Damen-Frisier-Salon W. Benthin, Marktstr. 44a.  
Mein Damen-Salon ist vollständig neu eingerichtet, elektrische Haartrocknung usw.  
2 Bedienung. Abonnements in- u. außer dem Hause, große Auswahl in Haarschmuck.  
Verkauf v. Neben, Kopfwascher u. Parfümerien.  
Anfertigung aller Haararbeiten. (5956)  
Der Neue-Welt-Kalender für 1922  
ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der Buchhandl. Friedr. Meyer & Co. („Lübecker Volksbote“), Johannisstr.  
Jeden Sonntag u. Donnerstag (8641)  
Adlershorst. Ball

Speziell. Verlobungsringe 938, 585 750 u. 900 gef. Silberwaren, Schmucksachen.  
Taschen- u. Weckuhren Willi Westfaling 32 Holstenstraße 32 Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkf. (5917)  
Halb. Holentäger Herrenwäsche Strawatten 8916 in großer Auswahl. Papier-Wäsche (Meyers) Fabrik. Aug. Janensch Sandstraße 6.  
H. Schultz Uhrmacher, Johannisstr. 20. Garantie. (8808) Weiser und Wanduhren. Gold- und Silberwaren.

Denksagung. (5947) Für die herzliche Teilnahme und schönen Kranzsenden bei der Beerdigung unter lieben Entschlafenen sagen im Namen aller Hinterbliebenen herzl. Dank.  
Familie H. Röhler, Käthe Hummel, Familie Hummel.  
Sanarierbahn und Weiden zu kauf. gel. Ang. n. Str. u. R. F. 13 (5939)  
2 ja. Wöden i. Alter von 27 und 22 Jahren suchen Stell. i. Haus. 5942; Lübenhagen 12.  
Ein weiterer Zeitungsverkäufer bei hohem Verdienst zu sofort gesucht. Lübecker Volksbote, Johannisstraße 46.

3. verk. D. Stiefel 44 D. Sch. 88. Ard. Stief. 44. Büttig. (5933) Stensch. Wiese 41b.  
1. ich. Köffer (Alttertum) i. Petro. leumatische u. i. f. n. D. Winterhut zu verk. (5935) Friederich. 4. l.  
Nied. Frotchen zu verk. 5937) Wronsford. W. 103.

Galien-, Kamin-, Zieg-, & 18-Reg-umie sämtliche anderen Sorten (5914)  
Felle, Pferde- u. Kuhschweif-haar verkauft zu den höchsten Tagespreisen  
J. Wagner Goldschm. 8. S. 3414.

Bremer Zigaretten-Fabriken G. Freie  
Gegründet 1860 - Bremen - Gegründet 1860  
Zentrale Lübeck, Holstenstr. 13/15, Janbr. 5337  
Sortenreiche bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigaretten.  
Mühlenstraße 13. Fernsprecher Nr. 427. Beerdigungs-Institut.  
J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Beinen, Bettfed., Herr- u. Knab.-Gard., Arb- u. Berufskleid.  
Billiger Bezugsquelle in ersten Bedarfswaren, Seifen u. Artikelteilen F. Fränkel, Breite Str. 35 und Gohlfahrstr. 4.  
Glasmalerei aller Art, Glasmal., Biederstein, Hiltner-Eisrahmentz., Oskar Tauschitz, Gohlfahrstr. 35, Tel. 283.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.  
Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.  
Hamburg, Büchen, Eutin, Travemünde, Kleinen, Seeberg.  
W = Wochenlog., J = Sonntag, U = Pflanz

Schwartau  
Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause  
Waldhalle: Tägl. Konzert Beliebter Ausflugsort der Lübecker.  
Geertz Hotel, am Riesebusch, Jed. Sonntag: Konzert. Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.  
Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16. Tel. 1842 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885.  
Zigaretten, Zigarretten, Rauchtobak in all. Preisl. nur erste Fabrik., Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. • Marktpavillon: Schokoladen, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.  
W. Wiencke, Lübeck. Str. 4, Tel. 2442, Autorep. Fahrräder, Nähmasch.  
Herm Schwaberow Zahnpraxis  
Anna Martin Kaffeearten Schwarz vorm. Rogall, Am Riesebusch.  
Hotel Kronprinz, Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn  
Hotel Lübecker Hof, am Markt :: Tel. 1066.  
Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen.